



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

60
JAHRE
1957 – 2017



© CARTOON: LIEBERMANN

Jahresschwerpunkt 2017: Mobilisierung der Demokratie

Komplexe Farbenlehre vor der Bundestagswahl

Seite 3

60 Jahre Europa

Die EU scheint viele Europäer nicht mehr zu begeistern. Nationalistische Strömungen werden stärker. Mit welchem Europa wollen wir in die Zukunft?

ab Seite 9

Problemfall Türkei

Trotz der aktuellen Beziehungsprobleme zwischen Erdogan und einigen europäischen Staaten: Die Türkei ist und bleibt ein wichtiger Verbündeter Europas.

Seite 14

Medienethik

Kommunikation in Echokammern und Hass im Netz – Integration durch Medien scheint eher ein Auslaufmodell zu sein. Journalisten und Wissenschaftler im Dialog.

Seite 20

Blick über den See

Inhalt

JAHRESSCHWERPUNKT MOBILISIERUNG DER DEMOKRATIE

- 3** Parteien und Koalitionen im Wahljahr 2017
- 6** Reformbedarf am Herzen unserer Demokratie

EUROPA

- 9** Mit Europa in die Zukunft
- 11** Leitideen der europäischen Einigung im Widerstreit
- 14** Streitfall Türkei
- 16** Türkei: Produktive Macht oder geostrategischer Scheinriese?
- 18** Erfolgreicher Frieden, gesplante Gesellschaft?

MEDIEN

- 20** Integration durch Medien – ein Auslaufmodell?
- 22** Der digitale Wandel verändert Formate und Inhalte

WIRTSCHAFT

- 24** Energiepolitik auf dem Weg zur sozial-ökologischen Transformation

KOMMUNALPOLITIK

- 26** Städtebau gegen Wohnungsnot

POLITISCHE BILDUNG

- 27** „FilmBildung Medien“ neu erschienen
- 28** Es ist wieder Liebermann-Zeit in der Akademie
- 28** Mehr gelebte Demokratie an bayerischen Schulen
- 30** Politische Bildung durch das Buch

AKADEMIE INTERN

- 17** Impressum
- 31** Medienspiegel
- 32** Publikationen
- 34** Termine
- 36** Namen – Nachrichten



Es wäre vermessen, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Akademiemotto in unserem Jubiläumsjahr sowie der jüngsten pro-europäischen Bürgerbewegung herzustellen. Aber erfreulich ist es aus Sicht der politischen Bildung schon, dass mehrere Monate lang Sonntag für Sonntag Bürgerinnen und Bürger in zahlreichen deutschen und einigen europäischen Städten auf Plätzen zusammenkamen, um zu demonstrieren. Und zwar nicht gegen, sondern für etwas: Für die Europäische Union und damit für den Zusammenhalt und die Solidarität der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten.

Während politik- und sozialwissenschaftliche Studien bislang wohlbegründet davon ausgingen, dass Demonstrationen auf das Wort „gegen“ geradezu essentiell angewiesen sind, beweist „Pulse of Europe“, dass die Europäische Union und damit die Idee eines angemessenen Maßes an Supranationalität offenbar genügend Attraktivität besitzen, um Leute zu motivieren und zu mobilisieren, deren möglicher Gefährdung aktiv zu begegnen. Diese pro-europäische Mobilisierung hätte es ohne die knappe Brexit-Entscheidung, ohne die Haltung von US-Präsident Trump gegenüber der Europäischen Union und vor allem ohne wichtige Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen in europäischen Partnerstaaten sicherlich nicht gegeben. Insofern ist das Wort „gegen“ also auch bei „Pulse of Europe“ unverzichtbar.

Und es dürfte unstrittig sein, dass die Freude am gemeinsamen öffentlichen Einstehen für die Idee Europa spätestens dann großer Frustration weichen würde, wenn sich die Bekenner auf Details einer möglichen Reform der Europäischen Union verständigen müssten. Doch auch ohne eine Verstärkung, die die Initiatoren aus gutem Grund derzeit nicht anstreben, zeigt diese pro-europäische Bürgerbewegung, dass eine politische Einsicht, die den Gründern der Akademie zentral erschien, wieder im Bewusstsein der Bevölkerung ankommt: Ein Leben in Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden ist nicht selbstverständlich. Nicht einmal in Europa. Und was nicht selbstverständlich ist, darum muss man sich kümmern. Wir sind dabei.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Komplexe Farbenlehre

Parteien und Koalitionen im Wahljahr 2017

Die jüngsten Veränderungen des deutschen Parteiensystems reihen sich in einen langfristigen Wandlungsprozess ein. Nicht erst mit dem Auftreten der „Alternative für Deutschland“ ist etwas in Bewegung geraten. Unsere Tagung zum Wahljahr 2017* sollte Kontinuitäten und Brüche aufzeigen und aktuelle Entwicklungen einordnen.

DER GRUNDSÄTZLICHE WANDEL der deutschen Parteiendemokratie stand im Zentrum der beiden Eröffnungsvorträge. Manuela Glaab von der Universität Koblenz-Landau (Parteien in der Medien-demokratie) betonte, dass sich Parteien zwar einerseits, etwa durch Professionalisierung und Personalisierung, umfassend den medialen Logiken anpassen. Dabei müsse andererseits aber auch nach Handlungsfeldern differenziert werden. Während die Parteien im Wahlkampf zur Stimmenmaximierung hochgradig

auf Medien angewiesen seien, könnten sie bei der Politikformulierung und vor allem der Ämterbesetzung autonom agieren. Medialisierung sollte zudem nicht als einseitiger Veränderungsprozess verstanden werden. Sie werde zusätzlich durch die Ausdifferenzierung der Mediennutzung der Bürger verkompliziert. Voneinander abgeschottete Teil-Öffentlichkeiten



Manuela Glaab: „Parteien passen sich umfassend der medialen Logik an.“

ten seien medial kaum noch zu erreichen und hätten ein großes Misstrauen gegen die Unabhängigkeit der Medien entwickelt. Glaab betonte, dass in der Personalisierung auch die Chance läge, Menschen wieder für Politik zu interessieren – wenn es gelinge, Emotionen und Sachargumente durch Personalisierung zu verbinden.



Das historische Reichstagsgebäude in Berlin ist nach seinem Umbau seit 1999 Sitz des Deutschen Bundestags.

© Schröder

Klaus von Beyme, international bekannter Politikwissenschaftler, setzte sich in einem historisch wie geographisch weit ausgreifenden Vortrag mit dem Phänomen des Populismus auseinander.

Vager Populismus

Er gab sich dabei erstaunlich optimistisch. Zwar gestand von Beyme zu, dass der Populismus heute deutlich stärker politisiert ist als in früheren Dekaden. Sein Optimismus gründet aber darauf, dass populistische Bewegungen in der Regel nur recht vage Programme hätten, was interne Richtungskämpfe nach sich zöge. Das anfängliche Charisma der Populisten – sofern vorhanden – sei zudem einer Veralltäglicung unterworfen und flau damit ab. Sie besäßen überdies wenig Gespür für Institutionalisierungsprozesse, also die Anpassungszwänge an gegebene Strukturen und Regeln, denen sie gleichwohl unterlägen. Schließlich unterstrich von Beyme, dass er auch auf die Reformierbarkeit der repräsentativen Demokratie, die nicht frei von Fehlentwicklungen sei, setze. So könne dem Populismus der Nährboden entzogen werden.



Klaus von Beyme: „Populismus ist heute deutlich stärker politisiert als früher.“

* Komplexe Farbenlehre. Parteiensystem und Koalitionsmodelle im Wahljahr 2017 (in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.)

Die Frage, ob das deutsche Parteiensystem vor einer Zäsur stehe, stand im Mittelpunkt des Vortrags von Sebastian Bukow (Universität Düsseldorf). Er zeigte mit dem von Oskar Niedermayer entwickelten Kategorienschema, dass es sich unverändert um ein System mit Zweiparteiendominanz handle. Es sei aber graduellen Veränderungen unterworfen. Bukow verwies dabei auf die zunehmende Fragmentierung des Parteienwettbewerbs, der sowohl zwischen Union und SPD als auch zwischen den kleineren Parteien offen geführt werde. Auch die programmatischen Angebote hätten sich mit dem Auftreten der AfD erweitert. Insgesamt diagnostizierte Bukow eine Kontinuität des Wandels, womit auch neue Koalitionsoptionen verbunden seien. In der Diskussion stieß er jedoch auf Widerspruch, weil das Analyseraster nicht geeignet sei, gerade Veränderungen hinsichtlich der Programmangebote der Parteien zu erfassen. Es spräche viel dafür, durchaus von einem Typenwechsel unseres Parteiensystems auszugehen.

Resonanzboden für junge Parteien

Über die Chancen und Risiken bei der Etablierung neuer Parteien sprach der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann. Neben institutionellen Faktoren wie dem Wahlsystem und der föderalen Gliederung, die es neuen Parteien ermögliche, sich zunächst auf regionaler Ebene zu etablieren, komme es vor allem auf den Aufbau einer funktionsfähigen



Ulrich von Alemann: „Neue Parteien scheitern vor allem an sich selbst.“

© Haas

Organisationsstruktur und integrierendes Führungspersonal an. Zudem nannte von Alemann auch gesellschaftliche Faktoren und politische Krisenereignisse, die beide den erforderlichen Resonanzboden für junge Parteien schaffen könnten. Er verwies allerdings auch auf die rechtlichen Hürden etwa zur Parteienfinanzierung und Rechenschaftslegung, denen sich entstehende Organisationen gegenübersehen. Und auch die Abwehrreaktionen der etablierten Parteien seien nicht zu unterschätzen. Gleichwohl resümierte von Alemann, dass neue Parteien vor allem an einem scheiterten – an sich selbst und dem eigenen Unvermögen, die organisatorischen, programmatischen und personellen Herausforderungen zu meistern.

Der Wahl- und Meinungsforscher Jürgen Hofrichter von Infratest dimap verwies auf die ambivalente Grundstimmung in der Bevölkerung vor der kommenden Bundestagswahl, die sich einerseits aus

einer positiven Bewertung der wirtschaftlichen Lage sowie einer Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie speise. Andererseits spiegele sie aber auch eine zunehmende Verunsicherung über die Verhältnisse in Deutschland wider. Er analysierte das Phänomen des sogenannten Schulz-Effekts. Dieser lasse sich an zwei Punkten festmachen: zum einen an der internen Mobilisierung der SPD im Wahlkampf; zum anderen an der öffentlichen Wahrnehmung der SPD als echte politische Alternative zur Union mit realen Chancen, den nächsten Bundeskanzler zu stellen.

Verbesserte Werte der SPD

Die verbesserten Zustimmungswerte der SPD gingen einher mit deutlich gestiegenen Kompetenzzuschreibungen für die Partei, wobei jedoch nicht abzusehen sei, ob dieser Trend dauerhaft anhalte. Der offene Wettbewerb zwischen den beiden großen Parteien gehe überdies zu Lasten der kleineren Gruppierungen, die allesamt an Rückhalt verloren haben. Und noch ein Befund aus dem reichhaltigen Datenfundus von Infratest dimap sei genannt: Eine breite Mehrheit der Befragten – auch bei SPD-Anhängern – spricht sich gegen eine Regierungsbeteiligung der Linken aus. Auch das wird im beginnenden Wahlkampf sicherlich eine Rolle spielen.

Trend zur Mitte

Bei der Podiumsdiskussion zu den Volksparteien benannte Udo Zolleis vom Planungsstab der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament einige Herausforderungen, vor denen die CDU stehe. Entscheidend ist für ihn, dass die CDU die programmatische Arbeit wieder intensiviere und im Wahlkampf mit klaren Angeboten auftrete, statt auf die Demobilisierung der gegnerischen Anhänger zu setzen. Dazu gehöre auch eine Stärkung der CDU in den Ländern, deren inhaltliche Impulse er in den letzten Jahren vermisst habe. Uwe Jun von der Universität Trier zeigte sich mit Blick auf die SPD skeptisch, wie weit sie der Schulz-Effekt trage, da die Probleme dieser Partei primär struktureller und weniger personeller Art seien. Jun nannte den Mitgliederschwund oder den Trend der Union zur programmatischen Mitte. So bleibe der SPD weniger Spielraum im Parteienwettbewerb. Auch bei den Politikzielen sah er noch viele widersprüchliche Positionen. Eine deutlich positivere Zustandsbeschreibung gab schließlich Gerhard Hirscher von der Hanns-Seidel-Stiftung hinsichtlich der CSU, der er eine stabile Mitgliederbasis und eine umfassende Programmarbeit attestierte. Hirscher gestand aber auch zu, dass es der Partei angesichts der veränderten Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs schwer fallen dürfte, an frühere Wahlergebnisse anzuknüpfen.

Ein Podium zu den kleineren Parteien offenbarte deren recht unterschiedliche Ausgangslage im anstehenden Bundestagswahlkampf. Torsten Oppeland (Universität Jena) zeichnete ein recht zerrissenes Bild von der Partei Die Linke, die zwischen ihrem Selbstverständnis als Bewegungs- oder Parlamentspartei schwanke. Auch bei einzelnen Politikfeldern wie der Migrationspolitik träten deutliche Spaltungen zwischen der Parteiführung und der Basis bzw. Wählerschaft oder zwischen den östlichen und westlichen Landesverbänden zu Tage. Niko Switek (Universität Duisburg-Essen) wies mit Blick auf die Grünen auf ein Paradox hin: Zwar sei die Partei in den Ländern erstarkt und an elf Landesregierungen beteiligt, aber gerade das erhöhe den Koordinierungsbedarf innerhalb dieser traditionell diskussionsfreudigen Partei mit vielen programmatischen Strömungen erheblich – nicht immer zugunsten des öffentlichen Erscheinungsbildes. Zudem erweise sich das Ergebnis der Urwahl für das Spitzenduo als Bürde, da keiner der beiden siegreichen Bewerber eine überzeugende Mehrheit der Mitglieder hinter sich vereinen konnte.

Für die FDP diagnostizierte Jan Treibel, ebenfalls aus Duisburg, einen Bedeutungsgewinn vor allem der Landesverbände in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die – wie es der föderale Zufall so will – sich noch vor dem bundesweiten Urnengang im September bei Landtagswahlen bewähren müssen. Sollten die Liberalen dabei gut abschneiden, würde ihnen das Rückenwind für die Bundestagswahl verleihen. Treibel sieht die FDP nach einem intensiven innerparteilichen Diskussionsprozess auch programmatisch breiter aufgestellt als noch vor vier Jahren. Schließlich attestierte der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker der AfD eine zunehmende Hinwendung zu extremistischen Positionen in einzelnen Politikbereichen, während ihre Haltung zu anderen Sachfragen äußerst ambivalent sei. Trotz oder gerade wegen dieser programmatischen Unschärfe werde es der AfD aber auch mittelfristig gelingen, sich im deutschen Parteiensystem als Protestpartei festzusetzen. Aufgrund ihrer Stärke in den Ländern verfüge die Partei zudem über ausreichende Ressourcen, um den or-

Die Tagungsteilnehmer hatten Gelegenheit, an einer Einführung in die Ausstellung „Andreasstraße unterwegs – Haft | Diktatur | Revolution“ teilzunehmen. Sie bietet bedrückende, aber auch ermutigende Einblicke in die Geschichte der Erfurter Stasi-Untersuchungshaftanstalt und die friedliche Revolution in der thüringischen Landeshauptstadt bietet (siehe den Bericht im Akademiereport 1/2017).

ganisatorischen Aufbau bundesweit voranzutreiben. Reimut Zohlnhöfer (Universität Heidelberg) kam in seiner Bilanz der Großen Koalition zu dem Schluss, dass diese angesichts von Ereignissen wie der Eurokrise, des Zustroms von Flüchtlingen oder des Brexits im dauerhaften Krisenmodus regieren musste. Einige dieser Ereignisse erzwangen schnelle und kostspielige Reaktionen, aber auch unabhängig von finanziellen Aspekten begrenzten sie den Handlungsspielraum der Koalition in anderen Politikfeldern, weil sie die volle Aufmerksamkeit der Akteure beanspruchten und deren politisches Kapital weitgehend aufzehrten. Hinzu komme der mangelnde Problemdruck in anderen Politikbereichen und insgesamt das Fehlen eines gemeinsamen politischen Projekts, das die Leistungsbilanz der Großen Koalition laut Zohlnhöfer moderat ausfallen lässt. Dabei habe die SPD mehr erreichen können als die Union, weil sie nach einer Zeit in der Opposition gestaltungsfreudiger aufgetreten sei und die sozialdemokratischen Vorhaben auch in der Bevölkerung große Unterstützung erfahren hätten. Der Union mangle es demgegenüber an einem klaren programmatischen Profil.

Zukunftsmusik

Die bereits angesprochene offene Wettbewerbssituation im Parteiensystem beflügelte naturgemäß auch die Überlegungen zu möglichen Koalitionsmodellen, die Volker Best (Universität Bonn) vorstellte. Seine drei möglichen Szenarien für den Herbst 2017 hängen im Wesentlichen von den Kräfteverhältnissen zwischen CDU, CSU und SPD ab. Im Falle eines SPD-Sieges hält er eine Ampelkoalition für möglich, ansonsten auch eine rot-rot-grüne Koalition bzw. eine von der Linken tolerierte Minderheitsregierung aus SPD und Grünen. Dies alles die entsprechenden Mehrheiten vorausgesetzt – wobei als Rückfalloption immer noch die Fortsetzung der Großen Koalition bliebe.

Insgesamt vermittelte die Tagung ein eindrucksvolles Bild von der Dynamik des deutschen Parteiensystems. Die Akademie und die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. sehen bereits mit Spannung der Wahlanalysetagung im Oktober entgegen, bei der viele der hier angesprochenen Fragen wieder unter die Lupe genommen werden.

Jörg Siegmund



Reformbedarf am Herzen unserer Demokratie

Zu viele Überhangmandate, ein immer größeres Parlament, eine nicht-transparente Verteilung der Mandate – das Wahlrecht zum Bundestag muss dringend überarbeitet werden.

DAS WAHLSYSTEM für den Bundestag galt lange Zeit als Aushängeschild unserer Demokratie, doch seit einigen Jahren ist es unter Beschuss geraten. Nicht zuletzt auf Druck des Bundesverfassungsgerichts wurde das Wahlgesetz mehrfach überarbeitet – aber auch die aktuellen, aus dem Jahr 2013 stammenden Regelungen halten Experten nach wie vor für dringend reformbedürftig. Und neben dem Wahlverfahren stößt auch auf Kritik, dass viele hier lebende Menschen vom Wählen ausgeschlossen sind. Gründe genug für die Akademie, in einer Tagung das Wahlrecht und -system auf den Prüfstand zu stellen.

Eines kann man Norbert Lammert, dem Noch-Bundestagspräsidenten, ganz sicher nicht vorwerfen: dass er den Finger nicht immer wieder in die Wunde gelegt hätte. So beklagte er etwa 2015 in einem Interview: „Unser Wahlrecht ist derart komplex, dass nur ein Bruchteil der Wähler eine zutreffende Vorstellung über die Wirkungsweise seines Stimmverhaltens für die Mandatsverteilung hat. Damit sind die Mindestanforderungen an die Transparenz eines Wahlsystems nicht erfüllt.“ Wobei diese kaum durchschaubaren Regelungen in den Gesetzestext aufgenommen wurden. Bei ihrer Verabschiedung im Bundestag vor vier Jahren meinte zum Beispiel Volker Beck von den Grünen, er „hoffe zumindest, dass einer versteht – nämlich der Bundeswahlleiter –, was wir da aufgeschrieben haben. Viel größer dürfte die Zielgruppe dieser Norm in puncto Verständlichkeit nicht sein.“ Ein beschämender Befund für unsere Demokratie, denn die Nachvollziehbarkeit des Wahlverfahrens bildet eine wichtige Grundlage dafür, dass Wählerinnen und Wähler das Ergebnis des Urnenganges auch als legitim anerkennen.

Hebelwirkung der CSU

Die Experten, die wir bei unserer Tagung um eine Analyse der gegenwärtigen Regelungen gebeten hatten – Joachim Behnke (Zeppelin-Universität Friedrichshafen), Florian Grotz (Universität der Bundeswehr Hamburg) und Wilko Zicht (wahlrecht.de) –, teilten diese Bedenken durchweg. Und sie kamen noch aus weiteren Gründen zu einer kritischen Einschätzung der Rechtslage. Zwar betonte Behnke, dass das aktuelle



Im Plenarsaal des Bundestags könnte es angesichts von 700 möglichen Abgeordneten bald eng werden.

© Times / CC BY-SA 3.0

Wahlverfahren mit seinen Ausgleichsregelungen für Überhangmandate gerechter sei als das frühere Wahlsystem, weil so die Erfolgswertgleichheit der Stimmen und die Chancengleichheit der Parteien sichergestellt werden. Einigkeit bestand jedoch darin, dass die 2013 verabschiedete Wahlrechtsreform mit einem weiteren großen Nachteil verbunden sei: der potentiellen Aufblähung des Bundestages aufgrund eben dieser Ausgleichsmandate, die schon bei der letzten Wahl zu einer Vergrößerung des Parlaments um insgesamt 33 Sitze führten (und die, was die wenigsten wissen, nicht nur aufgrund von Überhangmandaten vergeben werden). Wie Behnke zeigen konnte, kommt dabei der CSU eine besonders große Hebelwirkung zu, denn jedes Überhangmandat für diese Partei bzw. ein überproportionaler Mandatsanteil der CSU im Vergleich zu ihrem Zweitstimmenanteil kann nicht in anderen Ländern kompensiert werden, da die Christsozialen bekanntlich nur in Bayern kandidieren.

Unverständnis und geringe Akzeptanz

Florian Grotz verdeutlichte, dass sich die Aufblähung des Bundestages nicht nur nachteilig auf dessen Handlungsfähigkeit auswirkt. Vielmehr werde durch diesen Mechanismus potentiell auch die Sanktionsfunktion der Wahl eingeschränkt. Denn wenn eine Partei im Vergleich zur vorherigen Wahl einen geringeren Stimmenanteil erringt, aber aufgrund einer Vergrößerung des Bundestages gleichviel oder sogar noch etwas mehr Mandate besetzen kann, dann dürfte das bei den Wählern auf großes Unverständnis und wenig Akzeptanz stoßen.



Florian Grotz: Einschränkung der Sanktionsfunktion der Wahl



Joachim Behnke: potentielle Aufblähung des Bundestags

© Schröder

Bei der Suche nach einem Ausweg forderte Joachim Behnke, sich zunächst Klarheit über die Anforderungen an ein Wahlsystem zu verschaffen. Dazu zähle die gerechte Repräsentation der Parteien, aber auch die angemessene Vertretung der Länder entsprechend ihrer Bevölkerungsgröße, ebenso die Möglichkeit der Wähler, ihre Kandida-

tenpräferenzen auszudrücken, sowie die Verständlichkeit und Legitimation des Wahlverfahrens – und eben die Verhinderung eines in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkten übergroßen Parlaments. Zwischen diesen Anforderungen müsse, so Behnke, abgewogen werden, weil sie in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen.

Zielkonflikte

Das wurde bei der Diskussion konkreter Reformoptionen deutlich, die entweder auf die Vermeidung von Überhang- und damit Ausgleichsmandaten oder auf die bestmögliche Kompensation der überhängenden Mandate abzielen können. Problematisch an allen Ausgleichsverfahren sind die Zielkonflikte zwischen der Erfolgswertgleichheit der Parteien, dem föderalen Proporz und der Beibehaltung der Bundestagsgröße. Einigkeit zwischen den Referenten bestand darin, dass eine Lösung das Entstehen von Überhangmandaten verhindern müsse. Und dafür sei eine Wahlkreisreform das wirksamste Mittel, die entweder den Anteil der Direktmandate an allen Mandaten verringern oder Mehrpersonenwahlkreise einführen könnte. Da diese Optionen jedoch nur langfristig realisierbar seien, regte Grotz trotzdem eine kurzfristig wirksame Deckelung des Ausgleichsverfahrens an. Behnke hingegen gab zu bedenken, dass dies den Druck aus dem Reformkessel nehmen könnte und eine grundsätzliche Novellierung des Wahlsystems möglicherweise auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben würde.

Problem Fünf-Prozent-Klausel

Neben der Vergrößerung der Mandatszahl aufgrund des Ausgleichsverfahrens standen auch andere Aspekte des Wahlsystems in der Kritik. Wilko Zicht problematisierte beispielsweise die Wirkung der Fünf-Prozent-Sperrklausel, die in Verbindung mit dem Stimmverhalten der Wähler in den letzten Jahren zu einer deutlichen Zunahme nicht-wirksamer Zweitstimmen geführt habe. In der Folge sei häufig schon ein

recht niedriger Zweitstimmenanteil für die Mandatsmehrheit im Parlament ausreichend, wie auch das Beispiel der Bundestagswahl 2013 zeige: Damals genügten der Union 41,5 Prozent der bundesweiten Zweitstimmen, um fast die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen (49,3 Prozent). Zicht verwies auf Überlegungen, eine Ersatzstimme einzuführen, die nur gewertet werde, wenn die Zweitstimmenpartei des Wählers an der Sperrklausel scheitere. Wobei er einschränkend anmerkte, dass dies mit einer weiteren Verkomplizierung des Wahlsystems einhergehen würde, so dass sich keine politische Mehrheit für diese Option abzeichne. Aber auch die Stärkung der Auswahlmöglichkeiten durch Einführung offener Listen, bei denen die Wähler einzelne Kandidaten stärken können, kam zur Sprache.



Wilko Zicht möchte eine Ersatzstimme einführen.

Blick in die Praxis

Jeannette Lorch, Geschäftsleiterin für Wahlen und Abstimmungen beim Münchner Kreisverwaltungsreferat unterstrich den hohen organisatorischen Aufwand, der mit jeder Wahl verbunden ist und der die beteiligten Behörden herausfordert, sei es durch eng gesetzte Fristen, rechtliche oder technische Anforderungen oder einen hohen Koordinationsbedarf. Das zeige sich zum Beispiel schon bei der Erstellung des Wählerverzeichnisses, wobei besondere Regelungen für die Auslandsdeutschen zu beachten seien, oder im Zusammenhang mit der Briefwahl. Und obwohl Lorch betonte, dass die Verwaltung in erster Linie den ordnungsgemäßen Vollzug der wahlrechtlichen Regelungen sicherzustellen habe, wurde anhand ihrer Ausführungen auch deutlich, dass diese Vorschriften ihrerseits die Frage der Umsetzbarkeit mitbedenken sollten. Bei der potentiellen Einführung eines Wahlrechts für Ausländer müsse beispielsweise genau geprüft werden, an welche Voraussetzungen dieses anknüpfen solle und könne. Eine Anknüpfung an den Aufenthaltsstatus sei etwa sehr problematisch, da sich die ausländerrechtlichen Regelungen häufig änderten. Und auch weitere Orte zur Stimmabgabe – also z. B. Wahllokale im Supermarkt – würden die Behörde beispielsweise im Umgang mit den Wählerverzeichnissen oder der Absicherung der Wahlurnen vor große Herausforderungen stellen.

Ausländerwahlrecht zulässig

Der zweite Teil unserer Tagung beschäftigte sich mit der Inklusivität und Repräsentativität des Wahlrechts. Dabei ging Hans Meyer, früherer Präsident der Hum-

boldt-Universität zu Berlin, zunächst der Frage nach, ob eine Ausdehnung des Wahlrechts auf Ausländer deren Integration fördern würde. Meyer betonte, dass die Integration von Migranten zuvörderst auf anderem Wege als über Wahlen erfolge – durch die Vermittlung von Werten, durch die Anpassung von Lebensstilen, durch Offenheit und Austausch. Trotzdem hob er den Integrationszugewinn hervor, der mit dem Wahlrecht verbunden sei. Formal, weil Wahlen nach wie vor die einzige verbindliche Partizipationsform auf Bundesebene darstellen, und materiell, weil die Parteien die Interessen aller Wahlberechtigten im Programmfindungsprozess reflektieren müssten. Dabei stellte Meyer klar, dass er auch die Einführung eines Ausländerwahlrechts für verfassungsrechtlich zulässig erachtet und die Verengung des Volksbegriffes aus Art. 20 Grundgesetz auf die Staatsbürger durch das Bundesverfassungsgericht für nicht gerechtfertigt hält. Dringenden Handlungsbedarf erkannte Meyer gleichwohl nicht, da die Liberalisierung des Einbürgerungsrechts schon eine deutliche Entspannung gebracht habe und Integration somit rechtlich über die Verleihung der Staatsbürgerschaft gefördert werde.

Plädoyer fürs Kinderwahlrecht

Die Aufmerksamkeit der ehemaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt galt und gilt den Kindern und Jugendlichen, die bislang ebenfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Schmidts Lesung aus ihrem Buch „Lasst unsere Kinder wählen!“ geriet zum flammenden Plädoyer für ein Kinderwahlrecht, das angesichts des demografischen Wandels, aber auch einer wachsenden Kinderarmut und einer schwachen Lobby für die Jüngsten dringend erforderlich sei. Sie zeigte dabei – unterhaltsam, mitunter vergnüglich,



Renate Schmidt zeigte verschiedene Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Kinderwahlrechts auf.

aber immer eindringlich – verschiedene Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Kinderwahlrechts auf. Es könne als höchstpersönliches Recht des Kindes von Geburt an ausgestaltet werden, das erst durch einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis aktiviert würde, oder als Familienwahlrecht, bei dem die Eltern die Stimmen stellvertretend für die Kinder abgeben. Auch eine Mischform sei denkbar, wobei es dem Kind obliege, durch den oben genannten Antrag das Wahlrecht aus den Händen der Eltern zu übernehmen. Schmidt gab sich zuversichtlich, dass sie die Einführung eines Kinderwahlrechts noch erleben werde. Sie ist jetzt 73 und gab zu, mindestens 95 Jahre alt werden zu wollen.

Im abschließenden Panel diskutierten Philipp Weinmann (Universität Freiburg) und Hermann Heußner (Hochschule Osnabrück) über die Möglichkeiten, durch Wahlrechtsänderungen die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass sich die Wahlbeteiligung nicht nur auf die Legitimation der Parlamente auswirkt, sondern auch auf die Repräsentation unterschiedlicher Interessen im politischen Prozess. Weinmann skizzierte vielfältige Vorschläge, die dazu gegenwärtig diskutiert werden. Sie



Philipp Weinmann (links) ist für die Absenkung des Wahlalters auf 16 und Hermann Heußner setzt sich für die Einführung einer Wahlpflicht ein.

reichen von der Ausdehnung der Stimmabgabe auf eine ganze Woche über das Wählen an unkonventionellen Orten und der Zusammenlegung von Wahlterminen bis hin zur Koppelung der Parteienfinanzierung an die Wahlbeteiligung. Er sprach sich dabei vorrangig für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Stimmabgabe an ungewöhnlichen Orten aus, weil dadurch die Beteiligungsrate langfristig erhöht und auch politikferne Gruppen erreicht werden könnten.

Heußner hingegen setzte sich für die Einführung einer Wahlpflicht ein, was schon durch eine einfache Änderung des Wahlgesetzes möglich wäre. Sie solle zunächst versuchsweise auf kommunaler Ebene eingeführt werden, um politische Widerstände zu durchbrechen. Hiergegen richtete sich die Kritik anderer Diskussionsteilnehmer, die befürchteten, dass sich Wahlunwillige durch Zahlung der angedrohten Strafe von der Wahl „freikaufen“ könnten, was die Wahlnorm langfristig untergraben würde. Einigkeit bestand auf dem Podium und im Publikum immerhin darin, dass gegen eine niedrige Wahlbeteiligung vor allem zwei Dinge nachhaltig wirken: eine gute und attraktive Politik sowie eine politische Bildung, die das Bewusstsein stärkt, dass es sich lohnt, zur Wahl zu gehen.

Die Tagung hat verdeutlicht, welches Reformpotential im Wahlsystem und Wahlrecht stecken. Es bleibt die Hoffnung, dass zumindest ein Teil der Anregungen auch politischen Widerhall finden. Die Akademie wird jedenfalls am Ball bleiben.



Jörg Siegmund

Mit Europa in die Zukunft

Die Akademie feierte zusammen mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München in der Pinakothek der Moderne den 60. Jahrestag der Römischen Verträge.

BREXIT, TRUMP und die mögliche Präsidentschaft von Marine Le Pen in Frankreich; Migrations- und Eurokrise sowie europaskeptische Regierungen in Polen, Ungarn und anderen Mitgliedsländern – die Europäische Union hat schon bessere Zeiten erlebt. Und trotz aller Bedenken, trotz aller berechtigter Kritik an Detailfragen mobilisiert Europa wieder: Eine wachsende Gruppe von Europa-Befürwortern ist nicht länger gewillt, Frieden und Reisefreiheit, gemeinsamen Markt und Währung als selbstverständlich hinzunehmen. Gerade junge Leute gehen wieder auf die Straße – für Europa.

Sich für die europäische Idee begeistern und konstruktiv an ihrer Gestaltung mitwirken, so wünschen es sich Richard N. Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Akademiedirektorin Ursula Münch. Auch die Journalistin Marion von Haaren, die viele Jahre für die ARD aus Brüssel über die Europapolitik berichtet hat, ist erfreut über diese neue Bewegung für Europa – und dankt dafür ausgerechnet Donald Trump: „Dank Ihnen entlarven wir die schneller, die mit einfachen Lösungen prahlen, die Politik als Chance zur Gewinnmaximierung begreifen. Die Errungenschaften Europas leuchten seitdem in einem viel helleren Licht.“

Diese Ideen mögen vielleicht heller leuchten, einen Großteil der Bevölkerung in den Staaten Europas erreichen sie dennoch nicht. Das musste auch Helga



Mit „Pulse of Europe“ gehen die Menschen wieder für die europäische Idee auf die Straße – hier in Köln im Februar 2017.

© Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0

Maria Schmid zugeben. Sie ist Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes – hinter der Außenbeauftragten Federica Mogherini die zweite Organisatorin der europäischen Außenpolitik – und sagt: „Ein großer Teil der diplomatischen Arbeit der Europäischen Union bleibt unter dem Radar der Öffentlichkeit.“ Es herrscht noch immer ein gleich dreifaches Defizit in der Kommunikation: Erstens setzen sich viel zu wenige Europabefürworter für eben dieses offen ein, zweitens reagiert der europäische Politikbetrieb noch zu behäbig auf die Wünsche der Bürger, drittens muss man viel offensiver Desinformation und Halbwahrheiten gegenüber der EU abwehren. „Es läuft leider immer nach dem gleichen Muster ab“, meint Schmid, „Erfolge werden als eigene Leistung der Mitglieder verkauft, an Misserfolgen ist Brüssel Schuld.“

Vorschläge für die Zukunft

Gegen diese Art der Argumentation wehrt sich Theo Waigel seit mehr als 25 Jahren. Der ehemalige Bundesfinanzminister und Wegbereiter des Euro bezeichnet die europäische Gemeinschaftswährung weiterhin als Erfolg – zumal außer Griechenland alle „Krisenländer“ die Hilfsprogramme im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich durchlaufen hätten. Für die Zukunft der EU hatte Waigel einige Vorschläge parat: vom Europa, das sich mehr um die großen Ideen statt die Förderung von Wald- und Wiesenprojekten in der Provinz kümmert, über einen europäischen Finanzminister bis hin zu einem „Europa der



Festakt zum 60. Geburtstag der EU in der Pinakothek der Moderne in München

© Haas / Rieth

konzentrischen Kreise“ (also mit verschiedenen Integrations-Geschwindigkeiten) mit der Wirtschafts- und Währungsunion als Kernstück.

Dass alle Podiumsgäste die pro-europäische Initiative „Pulse of Europe“ lobten, freute natürlich deren Mitbegründer Daniel Röder. Doch Lob alleine genügt ihm nicht, zumal seiner Bewegung gerade in Frankreich der Zulauf fehlt – wo mit der Front National-Chefin Marine Le Pen eine Frau Präsidentin werden könnte, die das Land schnellstens aus der Europäischen Union führen will. Daher fordert Röder:

- den Feierlichkeiten der EU-Staatschefs in Rom schnellstens konkrete Vorhaben zur Zukunftssicherung der Union folgen zu lassen;

- mehr junge, engagierte und visionäre Politiker und Beamte in den europäischen Politikbetrieb zu bringen, statt „Rentner am Ende ihrer politischen Laufbahn“;

- die Wertegemeinschaft Europa zu stärken – und denen, die sich nicht an diese Werte halten wollen, die beispielsweise die Aufnahme von Flüchtlingen verweigern, gegebenenfalls die finanzielle Förderung zu kürzen oder gar zu streichen;

- wieder in einen regelmäßigen und möglichst konstruktiven Dialog gerade mit Russland und der Türkei einzutreten.



Sebastian Haas

Die Gäste auf dem Podium

Dr. Theo Waigel war von 1972 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1988 bis 1999 CSU-Vorsitzender. Zwischen 1989 und 1998 hat er als Bundesfinanzminister unter Helmut Kohl die deutsche und europäische Finanzpolitik geprägt. Er gilt als „Vater des Euro“. 2009 war er Anti-Korruptions-Beauftragter bei Siemens in den USA. Noch heute ist er Ehrenvorsitzender der CSU.

Helga Maria Schmid hat bereits ab 1994 die Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) und Joschka Fischer (Grüne) beraten. Von 2003 bis 2005 leitete sie den Politischen Stab und das Ministerbüro im Auswärtigen Amt, ab 2006 war sie Direktorin der Strategieplanungs- und Frühwarninheit des Hohen Vertreters für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana. Von 2010 bis 2016 war sie stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, seit 2016 ist sie dessen Generalsekretärin und damit engste Mitarbeiterin der EU-Außenbeauftrag-

ten Federica Mogherini. Als Vertreterin der EU hat sie maßgeblich am Atom-Abkommen mit dem Iran und am Minsker Abkommen mit Russland und der Ukraine mitgewirkt.



Dr. Daniel Röder ist Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an den Universitäten Frankfurt am Main und Gießen. Im Herbst 2016 gründete er die überparteiliche und unabhängige Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ mit dem Ziel, den europäischen Gedanken wieder sichtbar und hörbar zu machen.



Marion von Haaren moderierte u. a. das ARD-Wirtschaftsmagazin „plusminus“; war Korrespondentin im ARD-Studio Bonn und übernahm die Leitung der Wirtschaftsredaktion des WDR-Fernse-

hens – bevor sie 1997 Chefredakteurin des Senders wurde. 2002 folgte der Wechsel nach Paris als Leiterin des ARD-Studios. Ab 2007 war sie als stellvertretende Leiterin des ARD-Studios in Brüssel tätig, bevor sie 2014 Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio wurde.

Leitideen der europäischen Einigung im Widerstreit

Nur ein geeintes Europa kann Frieden und Wohlfahrt sichern. Dieses ursprünglich geteilte Motiv scheint jedoch viele Europäer nicht mehr zu begeistern. Nationalistische Strömungen werden stärker. Mit welchem Europa wollen wir in die Zukunft?*



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION scheint endgültig an einem kritischen Punkt angelangt: Das Brexit-Votum oder das Wiederaufflammen der Grexit-Szenarien sind Anzeichen einer tiefer gehenden Krise. Im Hintergrund schwelen verhärtete Konfliktlinien: zwischen Nord und Süd angesichts der unbewältigten Eurokrise, zwischen West und Ost angesichts der Herausforderungen der Flüchtlingszahlen. Hinzu kommt eine fehlende Problemlösungsfähigkeit der europäischen Mehrebenen-Governance. Die Ursachen liegen in der Größe der Herausforderungen als auch im schwerfälligen Entscheidungssystem. Die Folge: eine steigende Reserviertheit der Bürger gegenüber der EU und ein grundsätzliches Hinterfragen dieses Projekts.

Die „Bürgerferne“ der heutigen Union hat ihre Wurzeln allerdings bereits in der Gründungsphase. So bewertete Michael Gehler von der Stiftung Universität Hildesheim die Integration als ein „von Anfang an zutiefst politisches Projekt“, während der Bevölkerung vermittelt wurde, dass der Einigung vor allem wirtschaftliche Motive zu Grunde liegen. Dagegen war das Projekt von seinen alten und neuen Mitgliedern aus verschiedenen Gründen und mit durchaus abweichenden Leitideen begleitet worden: Neben wertorientierten Motiven, die sich aus den Gräueln der Kriege im 20. Jahrhundert speisten, waren es sehr oft national interessengeleitete Kalküle.

Bruchstellen

Diese Gemengelage aus Motivationen und die Diskrepanz in den Erwartungen von Eliten und Bürgern gegenüber der EU stellt einen wichtigen Faktor in der

zunehmenden Entfremdung der Bevölkerung gegenüber dem europäischen Projekt dar – samt der aufscheinenden nationalistischen Reflexe. Verstärkt wurde dieses Auseinanderdriften durch die „Methode Monnet“, das heißt die Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft und die Übertragung nationalstaatlicher Souveränität – allerdings unter Verzicht auf ein klar definiertes Ziel und ohne die „Mitnahme“ der Bürger. Die Folge ist eine Bruchstelle zwischen Eliten und Bürgern. Dennoch sieht Gehler die Anreize der Integration fortbestehen: „Die EU ist das zukunftssträchtigste und verheißungsvollste Projekt des 21. Jahrhunderts.“ Dies entbinde allerdings nicht von der Dringlichkeit, durch Reformen und eine verbesserte Kommunikation die Legitimationslücke zu schließen.

Bei aller Vielfalt der Europabilder stellt die wirtschaftliche Integration den wesentlichen Teil der europäischen DNS dar, so Achim Wambach, Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Seit den ersten Integrationsritten sei die ökonomische Verflechtung als Instrument auf dem Weg zu den politischen Idealen der Friedens- und Wertegemeinschaft gesehen worden. Dennoch sei wirtschaftliche Integration kein Selbstläufer: Es müssen Reformschritte erarbeitet werden und Politik und Wirtschaft aufeinander abgestimmt werden. Denn Wambach betonte: „Politik gegen wirtschaftliche Kräfte und Logiken funktioniert auf Dauer nicht.“ Die größten Herausforderungen sieht der ZEW-Präsident in den nach wie vor bestehenden Disparitäten der nationalen Wirtschaften im Euro-Raum. Kritisch sieht er den unzureichend integrierten Finanzmarkt und die zu geringe Personenfreizügigkeit. Mobilität und Migration innerhalb der EU

* Kooperationstagung mit der Europa-Union Deutschland

müssten gefördert werden. Wambach sprach sich für die Etablierung einer europäischen Arbeitslosenversicherung aus. Die könne die „Europäer näher zusammen bringen“.

Ideenlosigkeit und Egoismus

Auch wenn die europäische Integration heute für viele mit Ideenlosigkeit und nationalem Egoismus verbunden ist, hätte sich die EU mittlerweile zu einem veritablen politischen System entwickelt, sagte Timm Beichelt von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. In einem Mehrebenen-System seien nationale Interessen und deren Aushandlung legitimer Bestandteil des politischen Geschäfts. Das Bild einer EU-Krise würde vor allem künstlich erzeugt: Anti-EU-Rhetorik sei salonfähig, weil Politiker in der nationalen und in der europäischen Arena unterschiedlich kommunizieren. Angesichts der komplexen Herausforderungen und der Ohnmacht, diese zu bewältigen, gebe es eine allgemeine Verunsicherung – sowohl national wie europäisch.

Auch für Rainer Wieland, den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, liegen Europas Probleme vor allem an der Wahrnehmung: Das zentrale Dilemma sei die „Diskrepanz zwischen Wunsch und Machbarkeit“. So würden aus Unwissen an die EU Hoffnungen projiziert, denen sie nicht genügen kann – sei es, dass die Kompetenzen gar nicht bei der Union liegen, sei es, dass nationale Politiker diese behinderten. Bernd Posselt, von 1994 bis 2014 Europaabgeordneter, bringt es auf den Punkt: „Wir müssen die Verlogenheit entlarven, dass der Nationalstaat fordert, aber zugleich verhindert, dass die EU liefert“.

Vom Eurozentrismus verabschieden



Erhard Busek: „Es ist schön, dass wir in Europa viele Think-Tanks haben, aber wir brauchen mehr Do-Tanks.“

© Rieth

Daran knüpfte auch der frühere österreichische Vizekanzler Erhard Busek an: „Das Problem der EU sind die Mitgliedstaaten. Die Union ist kein Gesundbrunnen, funktioniert aber sehr wohl.“ Er wirft der Politik, aber auch der Wissenschaft und Kultur vor, phantasielos zu sein. Man müsse das europäische Projekt besser bewerben, die Zivilgesellschaft ernst nehmen und sich vom

Eurozentrismus verabschieden. Es sei zwar „schön, dass wir in Europa viele Think-Tanks haben, aber wir brauchen mehr Do-Tanks.“ Europa müsse stärker in

Bildung und Kultur Eingang finden, es benötige eine breite Diskussion über Sinn und Mehrwert des Einigungsprojekts und vor allem die Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen.

Rainer Wieland plädierte für eine einfachere Sprache in der Kommunikation mit den Bürgern. Vor allem müsse man sich von der „Chimäre der Souveränität der Nationalstaaten“ verabschieden, zumal auf europäischer Ebene durch die Bündelung mehr Handlungssouveränität herrsche – auch und besonders hinsichtlich nationalstaatlicher Kerninteressen. Wieland ist zuversichtlich, dass gerade heutzutage – angesichts des für viele beunruhigenden, schwelenden Nationalismus und angesichts der Unwägbarkeiten in der Weltordnung – die Bereitschaft der Bürger, sich mit der europäischen Integration differenzierter auseinanderzusetzen und sie auch emotionaler zu bejahen, steige. Davon, dass die EU in der Bevölkerung durchaus positiv besetzt sei, zeuge nicht zuletzt die Bewegung „Pulse of Europe“.

Die EU-Politik soll Antworten auf die drängenden Fragen liefern. Entsprechende Gelegenheiten bieten nach Michael Gahler, dem sicherheitspolitischen Sprecher der EVP-Fraktion im EU-Parlament, zum einen die Herausforderungen der inneren und äußeren Sicherheit. Diese seien nur von Europa als Staatengemeinschaft zu meistern. Zum anderen sollte sich die EU beschäftigungspolitischer Maßnahmen mit Blick auf die südeuropäischen Länder annehmen und so Signale der politischen Gestaltung senden.

Brexit als Chance

Libor Roucek, tschechischer Sozialdemokrat und ehemaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments, plädierte dafür, vor allem in (gefühlten) Krisenzeiten den Mut zu politischen Visionen zu haben. Gerade der Brexit sollte Anlass sein, eine Bestandsaufnahme des erreichten Integrationsniveaus zu liefern. Dort, wo es nötig ist, müsse die Union reformiert und Zukunftsstrategien entwickelt werden. Diese könnten dann gerne in Richtung einer föderalen Ordnung auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips gehen, mit einer sinnvollen und flexiblen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene – ein Leitbild, das auf Sympathien der heutigen und früheren Europaabgeordneten stieß. Sie waren sich einig, dass die jüngst von Jean-Claude Juncker angestoßene Debatte der richtige Weg sei. Würde die Diskussion gesellschaftsweit geführt werden, hätte sie das Potential, die Unionsbürger zur (Rück-)Besinnung auf eine gemeinsame europäische Identität zu animieren.

Für den Philosophen und ehemaligen Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin besteht die staatenübergreifende europäische Identität aus einer gemeinsamen Bildungs- und Kulturgeschichte, die älter und substanzieller ist, als die der relativ jungen Nationalstaaten.

Selbstzerstörungsgeschichte

Durch ihre Verdrängung in der Neuzeit avancierten allerdings die Nationalstaaten zum Faktor der Selbstzerstörungsgeschichte Europas. Der europäische Einigungsprozess habe dieses unheilvolle Potenzial domestiziert, indem es die kulturelle Substanz Europas durch Kooperation und Vernetzung gestärkt habe. Die Stärke der Gemeinschaft liege dabei aber nicht nur in der Einheit, sondern auch in Europas Vielfalt. Insofern sei für die künftige EU das Modell der „Vereinigten Staaten von Europa“ ange-



Julian Nida-Rümelin: „Nach innen Vielfalt zulassen und nach außen als Einheit auftreten.“

lehnt an die USA, unpassend: Die nationalen Identitäten sind zu stark, die kulturellen Bedingungen völlig anders als in den Vereinigten Staaten.

Vielmehr sollte sich Europa an dem Modell einer „republikanischen Citoyenneté“ orientieren, in der sich die „Bürger selbst die Rechte geben und selbst die Bedingungen gestalten, unter denen sie leben wollen“. Dieses Europa sollte ein soziales sein, mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen seinen Ebenen; es sollte nach innen Vielfalt zulassen und nach außen als Einheit auftreten.

Auf dem Weg dorthin müsse allerdings das europäische Demokratiedefizit überwunden werden. Nötig sei ein „konstitutiver Akt der europäischen Citoyenneté“ – etwa in Form eines Referendums über eine Europäische Verfassung. Nida-Rümelin ist überzeugt, dass ein solcher Akt nicht nur einen Integrationsschub bedeutet, sondern auch die europäische Identität wiederbeleben würde. Mit der jetzigen Krisensituation solle man nicht defensiv umgehen, sondern offensiv für Europa werben.



Andreas Kalina
Tobias Rieth



© PETERBE / PIXABAY CCO

Streitfall Türkei

Trotz der Differenzen sind beide Seiten auf gute Beziehungen angewiesen

Trotz der aktuellen Beziehungsprobleme zwischen dem türkischen Präsidenten Erdogan und deutschen und europäischen Politikern: Die Türkei ist ein wichtiger Verbündeter Europas – als Partner in der NATO, bei der Flüchtlingspolitik im Kampf gegen den „Islamischen Staat“.

EUROPA ist deshalb auf eine stabile Türkei angewiesen. Doch das Land bewegt sich in der westlichen Wahrnehmung unter Erdogan immer weiter Richtung Autokratie. Für viele Beobachter scheint das Bild der Türkei als Partner Europas und Vermittler zwischen der arabischen Welt und dem Westen zunehmend zu bröckeln. Nicht zuletzt die massiven innenpolitischen Folgen des Putschversuches vom Juli 2016, aber auch eine scheinbar von Europa abgewandte Außenpolitik droht das Land aus westlicher Sicht international zu isolieren.

„Löchrige Verfassung“

Die aktuellen Verstimmungen zwischen der Türkei und einigen Mitgliedern der EU drehen sich vorrangig um die Verfassungsänderung, mit der die Umwandlung weg von der parlamentarischen Demokratie hin zu einem Präsidialsystem abgeschlossen werden soll. Maria Haimmerl von der Humboldt-Universität Berlin zeigte, dass es durch die geplante Änderung von 50 Verfassungsartikeln und die Außerkraftsetzung von weiteren 21 Artikeln im Kern darum gehe, dem türkischen Staatsoberhaupt tiefgreifende Machtbefugnisse zu gewähren – auf Kosten der legislativen und judikativen Staatsgewalt. Was



Maria Haimmerl: „Die geplanten Verfassungsänderungen gehen zu Lasten von Legislative und Exekutive.“

© Haas / Rieth



Nach dem missglückten Putschversuch im Juli 2016 gehen Erdogan-Unterstützer in Istanbul auf die Straße.

© Mstyslav Chernov / CC BY-SA 4.0

dann bleibt, ist nach Einschätzung Haimmerls eine „löchrige Verfassung, die keine langfristigen Entwicklungen berücksichtigt und zu Blockade oder Instabilität des politischen Systems führen kann“ – unter einem gestärkten Präsidenten, der dann per Dekret oder im Ausnahmezustand praktisch durchregieren kann und deutlich größeren Einfluss auf die Rechtsprechung sowie das Zusammentreten des Parlaments hat. Dieser Entwurf polarisiert. Und zwar nicht nur in Bezug auf die türkischen Beziehungen zur EU sowie zwischen der AKP-Regierung und Teilen der türkischen Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungspartei selbst: So berichtete der Journalist Daniel Heinrich von AKP-Anhängern, die zwar diese neue Verfassung begrüßen, zugleich aber kritisch fragen, was passieren wird, wenn Erdogan nicht mehr da ist und sein Nachfolger die ihm zugestandene Machtfülle missbrauchen sollte.

Reformdruck

Auch wenn der gescheiterte Putsch den Staatsumbau beschleunigt hat, lässt sich dieser in die langfristige Verfassungsentwicklung einfügen. Zwar hätten die Verfassungsreformen ab 1987 und insbesondere zwischen 2001 und 2004 eine Demokratisierung bedeutet. Laut Dilek Kurban von der Berliner Hertie School of Governance folgten diese Anstrengungen aber weniger dem eigenen türkischen Willen zum Ausbau der Demokratie, als vielmehr dem äußeren Druck der Europäischen Union, durch Reformen die Bedingungen für den Beitritt zu schaffen. Nachdem der EU-Beitritt zunehmend in die Ferne rückt und die Türkei nach den Umwälzungen des Arabischen Frühlings als geopolitischer Akteur im Nahen Osten an Macht und Selbstbewusstsein gewinnt und auch ökonomisch erfolgreich ist, sei dieser Druck von außen geringer geworden und damit der Boden für eine „Demokratie alla Turca“ bereitet, so Kurban.

Widerspruch gegen die Regierung wird schnell als Angriff auf die Staatsphilosophie verstanden. Von den Machthabern werden viele Themen der Politik als für die Nation existenziell erklärt. So entsteht ein Rahmen, in dem Kritik an der Regierung kriminalisiert und sanktioniert werden kann. Der nachvollziehbare Wunsch, die Verantwortlichen des Putsches zur Rechenschaft zu ziehen, führte zu einem andauernden Ausnahmezustand. Der legitimiert die massiven Maßnahmen gegen Regierungskritiker und Oppositionelle. Derzeit sind über 100.000 Personen – Soldaten, Polizisten, Beamte, Journalisten, Anwälte oder Wissenschaftler – inhaftiert, schilderte Hanna Mühlenhoff von der Vrije Universiteit Amsterdam: „Es ist möglich, Personen ohne Grund 30 Tage einzusperren. Jeder, der das Verfassungsreferendum nicht unterstützt, ist in Gefahr, wegen Terrorpropaganda angeklagt zu werden.“

Politisierte Zivilgesellschaft

In diesem Klima der Angst, in dem jede Kritik als terroristischer Akt gegen den Staat ausgelegt wird, finden oppositionelle Diskussionen fast ausschließlich in geschützten Räumen statt. Eine halböffentliche Arena finden sie, wenn auch eingeschränkt, lediglich in den Sozialen Medien, die bei allen Bemühungen um Zugangssperren nach wie vor einen gewissen Meinungsaustausch ermöglichen. In diesen Plattformen und in dem Umstand, dass die türkische Zivilgesellschaft durchaus stark politisiert sei, sieht Mühlenhoff die Hoffnung, dass politische Opposition nicht gleichgeschaltet wird und mittelfristig durchaus Gegenwind gegen die AKP-Regierung erzeugt wird.

Beitritt utopisch

Die innenpolitischen Entwicklungen können nicht ohne den europäischen Kontext gedacht werden. So stellte Funda Tekin vom Centre for Turkey and Euro-

pean Union Studies an der Universität Köln fest: „Die EU-Türkei-Beziehungen sind heute paradoxerweise so eng, aber so schlecht wie schon lange nicht mehr.“

Zu diesem Tiefstand hat allerdings nicht alleine das türkische Hadern mit der Demokratie beigetragen, sondern auch Europas stiefmütterlicher Umgang mit der Türkei. Dies ist zuerst der in Aussicht gestellte EG- bzw. EU-Beitritt, der bereits solange dauert wie der Integrationsprozess selbst: nämlich seit 1959. Auch wenn die Türkei formell diesem Ziel näher gekommen ist, ist der Beitritt stets utopisch gewesen. Das Ziel erwies sich als zu hoch und zu weit gesteckt, was zur Enttäuschung auf europäischer und türkischer Seite geführt hat. Es ist allen Beteiligten bewusst geworden, dass ein Beitritt an dem einstimmigen Votum der EU-Mitglieder scheitern wird. Dieser Frust habe sich seit dem Putschversuch in ein „starkes Negativgefühl gegenüber Europa und vor allem Deutschland“ gewandelt, so Daniel Heinrich.

Zweierlei Maß

Gunter Mulack, Direktor des Deutschen Orient-Instituts und langjähriger deutscher Botschafter in unterschiedlichen arabischen Ländern, zeigte gewisses Verständnis für die türkischen Vorhaltungen: Oft hätten die EU und Deutschland die Entwicklungen und Herausforderungen in der Türkei selektiv wahrgenommen, nur bedingt Empathie gezeigt und dadurch den Anschein geweckt, dass der Westen mit zweierlei Maß messe. Dies widerspreche dem Ehrgefühl, dem Stolz und dem hohen Gerechtigkeits-sinn in der arabischen Welt und entfremde sie von Europa. Mithin litten die EU-Türkei-Beziehungen im Moment auch darunter, dass die Bedeutung von Emotionen im türkischen Politikbetrieb unterschätzt werde. Auf Beleidigungen von türkischer Seite solle man gemäßigt und sachlich reagieren – dies sei der beste Weg zur Deeskalation.



Gunter Mulack: „Auf Beleidigungen von türkischer Seite sachlich reagieren.“



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Abseits der emotionalen Ebene sind aber Europa und die Türkei mehr denn je aufeinander angewiesen. Das aktuelle Bindeglied stelle das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen dar. Es habe sich bewährt, da es „psychologische Effekte“ auf die Flüchtlinge habe und so erfolgreich „die Sogwirkung unterbinde“, so Mulack. Die EU mache sich durch das Abkommen nicht erpressbar, denn auch die Türkei profitiere da-

von: Neben den finanziellen Anreizen sei sie – sowohl als Durchgangs- als auch als Aufnahmeland mit über drei Millionen Flüchtlingen – auch an einer geordneten Situation interessiert.

Wirtschaftliche Stagnation

Vor allem ist es aber die wirtschaftliche Verflechtung, die die Türkei und EU langfristig zur Kooperation animiere. Laut Erdal Yalcin, dem stellvertretenden Leiter des Münchner ifo Zentrums für Außenwirtschaft, führte die gemeinsame Zollunion zu einer tiefen ökonomischen Einbindung der Türkei in den europäischen Wirtschaftsraum. Nicht nur habe diese für die Türkei Konsumanreize gebracht; vielmehr ist das Land Teil der Wertschöpfung europäischer Unternehmen geworden. Auf beiden Seiten seien positive Effekte zu verbuchen. Diese Verflechtung könne zur Normalisierung der Beziehungen führen: Denn die politische Instabilität führe zur ökonomischen Stagnation, die sich bereits deutlich bemerkbar mache; die ökonomische Stagnation wiederum beeinträchtige die Wirtschaftsbeziehungen mit den europäischen Partnern; und der Rückgang der Investitionen steigere seinerseits die politische Instabilität. Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, müsse die Türkei ein stabiles Investitionsklima schaffen. Die EU hingegen sollte auf die Modernisierung des Zollabkommens hinwirken, mit dem Ziel des Abbaus von Asymmetrien. Aller zuspitzenden öffentlichen Rhetorik zum Trotz lässt sich heute schon beobachten, dass es auf operativer und administrativer Ebene Zusammenarbeit und Dialog gibt. Diese funktionierenden Arbeitsstrukturen können als Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen auf der politischen Spitzenebene dienen, so die Erwartung von Yalcin.

Brexit als Modell

Die gegenseitige Angewiesenheit und erforderliche Zusammenarbeit lässt die Frage nach der Ausgestaltung der Beziehungen in den Vordergrund rücken.

Ludwig Schulz von der Münchner Middle East and International Affairs Research Group skizzierte mögliche Zukunftsszenarien. Eskalation und Isolation der Türkei oder auch ihre Annäherung an Russland erscheinen unwahrscheinlich. Realistischer ist – unabhängig davon, wie das Verfassungsreferendum ausgeht – das fast schon übliche „Durchwursteln“ in Form von kleinen Kompromissen und scheinbar endlosen Verhandlungen über Detailfragen der Kooperation mit dem vagen Ziel einer türkischen EU-Mitgliedschaft. Die Al-



Der türkische Staatspräsident Erdogan will den Umbau des politischen Systems.

© R4BIA.com/public domain

ternative ist eine „differenzierte Integration“, die Angela Merkel der Türkei einst als „privilegierte Partnerschaft“ in Aussicht gestellt hat: Also kein formeller EU-Beitritt, dafür ökonomische Integration, Visafreiheit, türkische Delegationen in EU-Gremien, regelmäßige Gipfeltreffen sowie Integration auf weiteren Politikfeldern, wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gerade dafür könnte der Brexit als Vorbild dienen, zumal das künftige Verhältnis zwischen der EU-27 und Großbritannien zum möglichen Modell für weitere Austritts- oder wenig erwünschte Beitrittskandidaten werden könnte.



Andreas Kalina

Türkei: Produktive Macht oder geostrategischer Scheinriese?

Die Staaten im Süden der Türkei befinden sich in einem rasanten Umbruch. Das Ende ist noch nicht absehbar. Die Auswirkungen – die Flüchtlingskrise oder die terroristische Bedrohung – sind in Europa unmittelbar zu spüren.

ANGESICHTS der sicherheitspolitischen Herausforderungen unterstreichen Befürworter wie auch Skeptiker eines türkischen EU-Beitritts die unverzichtbare Rolle des Landes für die europäische Nahostpolitik. Diese Hervorhebung der geostrategischen Rolle der Türkei wird zumeist unabhängig davon getätigt, ob die Türkei als Pufferstaat oder als möglicher Partner der EU innerhalb eines Stabilisierungsprozesses angesehen wird. Voraussetzung für beide Varianten ist zunächst einmal nur, dass die Türkei als stabiler Staat

fortbesteht, der sich mit einer mehrheitlich muslimisch geprägten Gesellschaft weiterhin an der westlichen Sicherheitsarchitektur orientiert und trotz Demokratiedefiziten auch in Zukunft ein berechenbarer Partner bleibt. Allerdings lässt die erkennbare Neuorientierung türkischer Außenpolitik, etwa die Annäherung an Russland, die Syrienpolitik oder der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zunehmend Zweifel an der türkischen Verlässlichkeit aufkommen.

Die Rolle der Türkei als geostrategischer Akteur war Thema der Abschlussdiskussion einer Tagung zur Türkei, die sich mit den gegenwärtigen Entwicklungen der türkischen Innen-, Europa- und Außenpolitik beschäftigte.

Kompromissmacht

Roy Karadag von der Universität Bremen stellte ein etabliertes Gedankenmuster zur Diskussion: Nicht das Ende des Ost-West-Konflikts oder die Folgen des 11. Septembers 2001 seien für die Türkei eine Art außenpolitischer „game-changer“ gewesen, sondern die Interventionen der USA in Afghanistan und Irak. Sie haben für die Türkei außen- und sicherheitspolitisch neue Realitäten geschaffen: So sei die unmittelbare Nachbarschaft des Landes heute mit Krieg und Unsicherheit am besten zu beschreiben. Die Türkei umgeben kriegsähnliche Auseinandersetzungen im Jemen, in Syrien, auf dem Sinai oder im Russland-Ukraine Konflikt. Nichts bereite der Türkei gegenwärtig mehr Sorgen als ihre Grenzen zur Nachbarschaft. Die türkische Außenpolitik in Bezug auf dieses sicherheitspolitische Lagebild und entsprechende Reaktionen darauf haben ihrerseits Auswirkungen auf andere Akteure in der Region, wie Iran oder Saudi-Arabien. Iran versuche sich durch den Iran-Deal oder innerhalb einer Anti-IS-Koalition zu positionieren; Saudi-Arabien hingegen strebe nach einer neuen regionalen Ordnung und suche diese durch ein Engagement in Afghanistan oder im Jemen durchzusetzen; Israel stelle sich in eine Anti-Iran-Front. Ein klassisches Nullsummenspiel, welches jedoch die sicherheitspolitische Gesamtsituation maßgeblich forme. In diesem Zusammenhang könne sich die Türkei als produktive Macht präsentieren, denn die Machtansprüche der anderen Akteure generiere einen Boden für eine neue Geostrategie der Türkei. Im Ergebnis sei die Türkei allerdings als einziges Land strategisch ungebunden und trete eher als der Akteur in Er-

scheinung, der von allen anderen für die Durchsetzung ihrer strategischen Ziele „gebraucht“ werde. So gesehen, bleibe die Türkei auch künftig eine Verhandlungs- und Kompromissmacht.


Schwacher Akteur

Dem entgegen sieht Magdalena Kirchner von der RAND Corporation in Washington, D.C. in der Türkei einen geostrategischen Scheinriesen, der zwar in NATO-Strukturen eingebunden sei, jedoch in seiner Außenpolitik eher scheitere, als dass er Machtansprüche fest etablieren könne. Zugleich werde die Türkei gegenwärtig in ihrem Machtstreben verstärkt negativ wahrgenommen. Ihre regionalen Partner seien zumeist schwache Akteure, wodurch die einzige Alternative für die Türkei auch in der Zukunft in einer Westbindung des Landes liege. So sei die Türkei von der EU und Russland energieabhängig und habe zudem kein eigenes



Unterschiedliche Auffassungen über die Türkei: Roy Karadag und Magdalena Kirchner
© Rieth

Raketenabwehrsystem. Dieser Umstand verstärke die Abhängigkeit von Russland und manövriere das Land geradewegs in ein außenpolitisches Dilemma: So stehe diese Abhängigkeit der NATO-Strategie, deren Raketenabwehr sich eher gegen Russland richte, diametral entgegen. Darüber hinaus seien auch die USA weiterhin bestrebt, eng mit der Türkei zusammenzuarbeiten, insbesondere im Kampf gegen den sogenannten IS. Deshalb sei der Zugang zu eigenen Militärbasen für die USA eine zentrale Forderung. Und schließlich zeige auch die für die Türkei äußerst prekäre Kurdenfrage ein massives Imageproblem des Landes auf. Es steht seinem Anspruch als Staat, der sich souverän als Partner positioniert, eher entgegen.


Anja Opitz

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Erfolgreicher Frieden, gespaltene Gesellschaft?

Irland – der „Celtic Tiger“ – hat eine rasante wirtschaftliche Entwicklung hinter sich. Nach einer Phase der Depression hat das Land eine der höchsten Wachstumsraten in Europa.

DIE STELLVERTRETENDE BOTSCHAFTERIN Irlands, Denise McQuade, erläuterte Irlands militärische Neutralität als Folge der hohen Verluste im Ersten Weltkrieg. Prägend für die irische Unabhängigkeit und Gesellschaft – aber immer noch kontrovers diskutiert – sind die Aufstände zwischen 1912 und 1922. Besonders die Rebellion im Jahr 1916 ging mit Gewalt und Unterdrückung einher. Entscheidend sei die verbindende, gemeinsame Erinnerung an Isolation und Bürgerkrieg. McQuade betonte: „Our future is in the EU!“



Gabriel Felbermayr vom ifo-Institut und die stellvertretende irische Botschafterin Denise McQuade

© APB-Archiv

Irland erlebte von den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis zum Bankencrash 2008 einen Boom. Philippa Saunders von der Britischen Botschaft in Berlin ging auf konstitutionelle Fragen der britischen „power-sharing executive“, das Model der „reserved powers“, den 1920 Government of Ireland Act und die Sewel Convention ein. Ziele sind politische Stabilität, eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung und die Gleichstellung von Bürgern, die sich entweder als Iren oder Briten verstehen. Saunders beschrieb die Vielzahl der gemeinsamen Institutionen und Strukturen auf parlamentarischen, administrativen und ge-



Ireland – the Emerald Isle (die smaragdgrüne Insel)

© PDPhotos/pixabay CCO

sellschaftlichen Ebenen. Es sei wichtig, dass die gemeinsame Regierung funktioniere: „Try and make Devolution work“. Sollte aber die Mehrheit der Bevölkerung in Nordirland und in der Republik Irland eine Vereinigung wünschen, würde die Souveränität des Vereinigten Königreiches enden.

Verarmte Katholiken

Peter Lenz von der Universität Regensburg führte durch die irische Geschichte. Im 12. Jahrhundert kamen die ersten britischen Soldaten. Im 16. und 17. entsand Großbritannien massive Siedlungswellen auf die Insel und unterdrückte und vertrieb die katholische, alteingesessene Bevölkerung in arme Randregionen. Katholiken hatten keinen oder kaum Zugang zu Bildung, Verwaltung und Geschäftswelt. Die größte Katastrophe brach über die verarmte Bevölkerung in den Jahren 1845 bis 1849 durch die Kartoffelfäule ein. In Folge von Hunger oder Auswanderung halbierte sich die Bevölkerung von acht auf vier Millionen. Erst in den 1990er-Jahren, durch den klerikalen Macht- und Ansehensverlust, änderte sich die irische Gesellschaft. Die katholische Isolation gehört heute der Vergangenheit an.

Verlierer des Brexit

Gabriel Felbermayr vom ifo-Institut diskutierte Hintergründe und Problematik des Brexit. Irland hat eine offene Volkswirtschaft mit einem großen Handelsüberschuss, ist dadurch aber angreifbar. Durch seine Landwirtschaft und die hohe industrielle Verschränkung mit dem Vereinigten Königreich ist Irland der größte Verlierer des Brexit. Der britische Anteil an irischen Exporten in die EU ist mit 17 Prozent hoch. Unter Handelshindernissen und dem Wegfall gemeinsamer Regelungen leiden Exporte und Finanzie-

rungsabkommen. Einkommensverluste von bis zu 2,6 Prozent sind zu erwarten. Europa hindere Großbritannien keineswegs am Globalhandel. In Wirklichkeit, so Felbermayr, profitiert die britische Wirtschaft vom Binnenmarkt, der Zollunion und der zentralen Verwaltung in Brüssel. Fällt die Zollunion, sind Warenursprungsnachweise zu liefern – für Unternehmer ein Albtraum. Die bevorstehenden, komplizierten Verhandlungen über die Details der Trennung bergen hohes politisches Streitpotential. Negative Effekte auf Preise, Mengen und Einkommen im Vereinigten Königreich sind zu erwarten: Kein Freihandelsabkommen ersetze die Zollunion. Irische und englische Europabetrachtungen sind unterschiedlich: Europas Bedeutung für Irland ist groß, für Großbritannien wird die EU aber nicht mehr als Wachstumsmarkt wahrgenommen.

Brüchiger Friede

Der Nordirlandexperte Michael Rapp stellte die Folgen der gesellschaftlichen Spaltung dar. Durch den langen Bürgerkrieg hat fast jede Familie Tote oder Verletzte zu beklagen. Die Belfaster Innenstadt war eine hochgesicherte Kriegszone. Durch drei Gene-

rationen von Bombenlegern und Steinewerfern hindurch gab es insgesamt 3700 Tote. Erst das Karfreitagsabkommen von 1998 beendete die mehrfache Torpedierung des Friedensprozesses. Beständig ist der Frieden in Nordirland aber nicht, so Rapp: An besonderen Erinnerungstagen komme es immer wieder zu Auseinandersetzungen. Regierungskrisen, Neuwahlen und der Brexit stellen eine Gefahr dar. Entscheidend für die politische Stabilität ist das „power sharing“. Funktioniere dies durch den Rücktritt eines Spitzenpolitikers nicht mehr, drohe Verunsicherung und ein politisches Vakuum. Splittergruppen sind mit dem Friedensprozess nicht einverstanden, längst sind nicht alle Waffen abgegeben. Ein harter Brexit und eine „harte Grenze“ zwischen Nordirland und Irland erhöhten die Gefahr neuer Anschläge. Rapp: „Es droht eine neue massive politische Auseinandersetzung in Nordirland“. Wandbilder in den Arbeitervierteln, die „murals“, waren ein Spiegelbild der Auseinandersetzung. Sie transportieren heute noch militärische und politische Propaganda, aber auch Identität und Zugehörigkeit. 

Saskia Hieber



Die Samuel Beckett Bridge und das Dublin National Convention Centre

© Greg Clarke / flickr / CC BY-ND 2.0

Netzwerk Medienethik

Integration durch Medien – ein Auslaufmodell?

Journalisten und Medienwissenschaftler im Dialog über Medienethik



© GERALT / PIXABAY / CCO

ES WAR EINMAL – da galt Integration als eine der wichtigsten Aufgaben der Massenmedien. In einer demokratischen Gesellschaft hätten sie „integrierende Funktionen für das Staatsganze“ – so das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 1971. Heute, im Zeitalter der Digitalisierung, haben wir es dagegen mit der Auflösung medialer Akteure zu tun. Filterblasenbildung, Kommunikation in Echokammern, Hass im Netz und Spaltung der Gesellschaft – Integration scheint eher ein Auslaufmodell zu sein.

Der Medienethiker Alexander Filipović von der Hochschule für Philosophie München lieferte zum Einstieg in die Fachtagung* eine Begriffsklärung: Integration sei der erwünschte soziale Prozess, der die Teile einer Gesellschaft zu einem Ganzen verbinde. Dabei seien durchaus Ähnlichkeit und Einigkeit auf der einen, aber eben auch Verschiedenheit und Auseinandersetzung auf der anderen Seite möglich.



Der Medienethiker Alexander Filipović koordiniert das Netzwerk Medienethik.

Integration bedeute eben nicht Gleichschaltung und Homogenität. Eine zu 100 Prozent integrierte Gesellschaft sei eine totalitäre Gesellschaft, ergänzte Michael Schröder von der Tutzingen Akademie. Aber ohne ein Mindestmaß an Konsens und gemeinsamer Grundwerte gehe es eben

auch nicht. Nur eine integrierte Gesellschaft sei zur Integration fähig. Filipović weiter: „Das Gemeinsame soll in besonderer Weise Berücksichtigung finden. Neben privaten sollen auch gemeinsame, öffentliche Interessen Maßstäbe des Handelns sein.“

Steffen Jenter ist Politikchef beim Hörfunk des Bayerischen Rundfunks und sieht keine besondere Aufgabe der Journalisten beim Flüchtlingsthema. Sie sollten sich nicht zum Instrument ein-

seitiger Interessen machen lassen – weder von Flüchtlingshelfern, noch von extremistischen Ausländerfeinden. Professionelle, umfassende und transparente Berichterstattung ohne Tabus sei gefragt und nötig. Sie helfe am besten gegen den „Lügenpresse“-Vorwurf.

Transparenz nötig

Man müsse sich wohl den Vorwurf gefallen lassen, vor der Flüchtlingskrise („Wie verwenden wir Begriffe? Ist es wirklich eine Krise?“) zu wenig über die Herkunftsländer berichtet zu haben. Und angesichts der Menschenmassen an den Grenzen und auf den Bahnhöfen im Sommer 2015 hätten auch Journalisten die „Willkommenskultur“ etwas übertrieben und zu wenig kritische Fragen gestellt: „Es gab einen positiven Mainstream. Nur FAZ und Welt machten gelegentlich eine Ausnahme.“ Nach der Kölner Silvesternacht seien die Berichte dann in ein anderes Extrem umgeschlagen. Die Debatten wurden hitziger. Heute ginge es beim Thema vor allem um Abschiebung.



Steffen Jenter: „Es gab am Anfang einen positiven Mainstream in der Flüchtlingsberichterstattung.“

Herkunft von Straftätern

Transparenz beim Umgang mit der Nennung der Herkunft mutmaßlicher Straftäter forderte der Wiener Medienethiker Tobias Eberwein: „Journalisten müssen erklären, warum sie es so und nicht anders machen.“ Wenn die Herkunft nur in Ausnahmefällen genannt werde, widerspreche das der journalistischen Pflicht zur Publizität. Jenter sprach sich dagegen für eine Einzelfallprüfung aus: „Ist die Nennung für das Verständnis nötig oder nicht?“

* Tagung in Zusammenarbeit mit der DGPK-Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik und dem Netzwerk Medienethik

Beobachtungen aus dem Präsidentschaftswahlkampf in den USA lieferten der Medienprofessor Bernhard Debatin (Ohio) und Rieke Havertz, Chefin vom Dienst bei ZEIT online. Sie hatte während des Wahlkampfes aus den USA berichtet.



Bernhard Debatin: „Schnelle Verbreitung von Gerüchten über Social Media.“



Rieke Havertz: „Journalisten sind keine Aktivisten.“
© Schröder

Debatin erläuterte, dass zwei Drittel des Wahlkampfeinsatzes von Trump in social media geflossen sein. Positive, zielgenaue Nachrichten für die eigenen Anhänger seien dort produziert worden – ohne Rücksicht auf Wahrheit und Fakten. Trump-Fans hätten sich fast nur noch über ihre „Freunde“ in sozialen Netzwerken informiert, nicht mehr über journalistisch-professionelle Medien. So sei die Verbreitung von Gerüchten und Verschwörungstheorien rasend schnell in Gang gekommen.

Düstere Szenarien

Debatins Zukunftsszenarien sind düster: Nach einer mehrjährigen Amtszeit Trumps könnte professioneller Journalismus zum Randphänomen werden. Journalisten würden zunehmend diskreditiert und ihnen der Krieg erklärt. Der Auslandssender Voice of America könnte zum Staatsrundfunk im Inneren ausgebaut werden. Und nach möglichen Terroranschlägen könnte sogar der Ausnahmezustand verhängt und die Medienfreiheit eingeschränkt werden. Journalisten würden dann als „unpatriotische Verbündete des Ter-



Haben Medien in Zeiten von Flucht und Migration eine besondere Integrationsfunktion?

© Gémes Sándor / Szomszéd / CC BY-SA 3.0

rorismus“ an den Pranger gestellt. Im Weißen Haus sei eine Clique rechtsradikaler Ideologen am Werk, die gezielt eine Strategie verfolgen. Die Etablierung des Führerprinzips sei zu beobachten. Kritik werde als Illoyalität und Verrat am Führer gesehen. Erste Entlassungen nach wenigen Tagen Amtszeit belegten dies.

Filterblasen und Echokammern

Rieke Havertz fragt sich fast täglich, ob sie und andere Journalisten zwangsläufig zum Lautsprecher Trumps werden müssen, indem sie die täglichen Tweets verbreiten. Nein – sagt sie. Die Redaktionen müssten einordnen, den Faktencheck liefern, kommentieren: „Wir dürfen nicht über jedes Stöckchen springen, das Trump uns hinhält.“ Journalisten seien keine Aktivisten – weder für die eine noch für die andere Richtung.

„Wir dürfen nicht über jedes Stöckchen springen, das Trump uns hinhält.“

Rieke Havertz

Jede Meldung müsse professionell auf ihre Relevanz geprüft werden. Havertz ist aber auch Realist: „Die Hälfte des Publikums erreichen wir gar nicht mehr – die sitzen in ihren Filterblasen und Echokammern.“

Konzentration auf K-Themen

Janis Brinkmann und Carina Zappe von der TU Dortmund haben die Berichte über Migration in Online-Ausgaben europäischer und afrikanischer Zeitungen untersucht. Ihr Fazit: In europäischen Redaktionen gibt es nach wie vor eine Konzentration auf Eliten und eine Europa-Zentrierung der Berichterstattung, während Afrika marginalisiert wird. Auch wenn es um Migration aus Afrika geht, kommen afrikanische Akteure und Länder kaum vor. Carina Zappe sagt: „Der Fokus richtet sich immer noch auf die K-Themen: Konflikte, Krisen, Katastrophen, Korruption und Kriege.“ Oder wie es der schwedische Schriftsteller und Afrika-Kenner Henning Mankell beschrieb: „Wir erfahren wie die Afrikaner sterben, aber nicht wie sie leben.“

Michael Schröder

Linktipp:

<http://www.netzwerk-medienethik.de/>



Der digitale Wandel verändert Formate und Inhalte

Bei einer Studienreise nach Berlin wurden mit Journalisten aktuelle Hintergründe und Probleme der Politikvermittlung durch Medien diskutiert.

OBWOHL DIE BESUCHTEN MEDIEN und Gesprächspartner sehr unterschiedlich waren, zog sich doch ein roter Faden durch viele Redaktionskonferenzen und Diskussionen mit den Hauptstadtjournalisten: Die Geschwindigkeit des Nachrichtenumschlags nimmt weiter zu und der digitale Medienwandel verändert Inhalte und Formate.

Brisante Nachrichtenlage

Die Nachrichtenlage während des Seminars vor Ostern bot alles andere als Feiertagsruhe: Der US-Raketenangriff auf Syrien, die Situation nach dem Terroranschlag von Stockholm, der Bombenangriff auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund, das bevorstehende Verfassungsreferendum in der Türkei: Stoff für Schlagzeilen und heftige Diskussionen in den Redaktionen.

Der Raketenangriff auf Syrien war auch Thema bei „Anne Will“, unter anderem mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und dem ehemaligen US-Botschafter John Kornblum. Nach der Sendung erläuterte Redaktionsleiter Andreas Schneider im Studio, dass eine bereits fertig geplante Sendung mit zugesagten Gästen kurzfristig aus Gründen der Aktualität in den Papierkorb wanderte und die Redakteure mit ihren Recherchen von vorne begannen. Innerhalb kürzester Zeit stand der neue Plan – noch 48 Stunden bis zur Sendung: Adrenalin pur.

Diktatur der Geschwindigkeit

Gaby Sohl, taz-Redakteurin, beklagte diese „Diktatur der Nachrichtengeschwindigkeit“, gegen die eine gedruckte Zeitung, die vor allem vom Abonnement lebt, schwer ankommt: „Für einen Existenzkampf im Netz sind wir zu schwach.“

Aus anderer Warte kommt Stephan Detjen, Chefkorrespondent des Deutschlandradios und Vorstandsmitglied der Bundespressekonferenz, zu ähnlichen Ergebnissen. Er sieht die geringer werdende Vielfalt der Hauptstadtmedien kritisch, weil immer mehr Parlamentsredaktionen von den Verlegern zusammengelegt werden.



Im historischen Berliner Zeitungsviertel an der Kochstraße/Rudi-Dutschke-Straße: Free Deniz auf dem Springer-Hochhaus (hinten rechts)

Philipp Wittrock ist stellvertretender Politikchef bei Spiegel online. 170 Journalisten arbeiten in Berlin und Hamburg für die online-Ausgabe. Ihre Währung sind die täglich rund 35 Millionen Klicks auf die Homepage des Spiegel. Der Anteil der mobilen Nutzung liegt derzeit bei etwa 50 Prozent und steigt weiter an. Er sagt: „Die Technik treibt die Formate vor sich her und verändert sie.“ Und er gibt zu, dass die Einflüsse des Boulevardjournalismus auf den Online-Journalismus zugenommen haben. Eine Geschichte würde im Netz anders präsentiert als im gedruckten Heft: „Politische Online-Journalisten arbeiten im Spannungsfeld zwischen journalistischem Anspruch und der Suchmaschinen-Optimierung.“

Newsletter zum Frühstück

Auch der bereits 1945 im amerikanischen Sektor von Berlin gegründete Tagesspiegel geht mit der Zeit: Die Themen der Online-Ausgabe sind längst fester Be-



Live dabei im Morgenmagazin aus dem ZDF-Hauptstadtstudio

standteil der Blattplanung und der Redaktionskonferenzen. Lokale Themen stehen ganz vorn, auch wenn es inzwischen ein „Buch“ gibt, das sich speziell an die Bundestagsabgeordneten richtet. Für sie ist der Tagesspiegel Pflichtlektüre, wenn sie seriös und zuverlässig über die Politik in der Hauptstadt informiert sein wollen. Und mit dem Checkpoint, einem täglichen Newsletter morgens um 6 Uhr aufs Handy, hat Chefredakteur Lorenz Maroldt den Grimme Online Award 2015 nach Berlin geholt.

Nachricht bleibt Kerngeschäft

Keinen Redaktionsschluss kennt die Deutsche Presse Agentur dpa, die seit 2010 ihre Zentralredaktion im historischen Zeitungsviertel Berlins direkt neben dem Springer-Verlag hat. Schnelligkeit muss sein, aber darunter dürfen Qualität und Zuverlässigkeit auf keinen



Im Newsroom der dpa-Zentrale werden die Nachrichtenströme rund um den Globus gelenkt.

Fall leiden, sagt dpa-Sprecher Chris Melzer, der zuvor Büroleiter in New York war. Gerade im Zeitalter der Fake News sei die geprüfte Nachricht das Qualitätsmerkmal einer Agentur. Auch wenn es im Internet inzwischen viele Nachrichtenanbieter gebe, bleibt die schnelle Nachricht rund um den Globus das Kerngeschäft der unabhängigen dpa. 1300 Journalisten arbeiten weltweit für dpa, 3300 Artikel und 2200 Fotos werden pro Tag verbreitet.

Am Morgen danach ist das Bombenattentat auf den Mannschaftsbus der Borussia aus Dortmund mit einem verletzten Spieler das beherrschende Thema der zentralen BILD-Redaktionskonferenz mit per Video zugeschalteten Außenredaktionen. Man ist stolz darauf, die Nachricht am Abend 20 Minuten vor Spiegel online gehabt zu haben. Innerhalb mehrerer Stunden am Abend und in der Nacht wurde die gedruckte BILD mehrfach aktualisiert und umgebaut – insgesamt sechs Sonderseiten. Dabei fällt auf, dass das Menschliche im Vordergrund steht und auch bei der Planung für die nächste Ausgabe höchste Priorität hat.

Birgit Schmeitzner arbeitet seit Herbst 2016 als Korrespondentin für den Bayerischen Rundfunk im ARD-Hauptstadtstudio. Davor war sie in Brüssel und Moskau. Trimedialität ist das Zauberwort der öffentlich-rechtlichen Zukunft im Konkurrenzkampf der Medien. Die ursprünglich streng getrennten Redaktionen von Hörfunk, Fernsehen und online sollen in neuen Strukturen zusammenwachsen. Die Themen werden zentral koordiniert und dann wird entschieden, über welchen Ausspielweg was gesendet wird. Das bedeutet für Radiojournalisten zukünftig auch, mit Fotos und Filmen zu arbeiten. Umstellungen, die den Nutzern zugutekommen sollen. Auch hier gilt: Qualität und Prüfung der Inhalte gehen vor Schnelligkeit.

Einen ganz anderen Blick auf das Verhältnis von Politik und Medien bot Jürgen Hofrichter. Er leitet die Wahlforschung von Infratest dimap und erstellt für



Zentrale Redaktionskonferenz bei der BILD-Zeitung
© Schröder

die ARD monatlich den Deutschlandtrend. Seine Daten zeigen eine ambivalente Grundstimmung in der Bevölkerung vor der Bundestagswahl im September. Einerseits gebe es mehrheitlich eine positive Bewertung der wirtschaftlichen Lage sowie Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie. Andererseits beobachten die Meinungsforscher aber auch eine zunehmende Verunsicherung über die Verhältnisse in Deutschland. Hofrichter sieht sehr wohl den sogenannten Schulz-Effekt bei der SPD. Es gebe eine Mobilisierung und Aufbruchsstimmung in der SPD. Die Sozialdemokraten würden nun öffentlich wahrgenommen als politische Alternative zur Union mit realen Chancen, den nächsten Bundeskanzler zu stellen.

Ob dieser Trend dauerhaft anhalte, sei aber noch nicht klar. Für Demoskopien werde das Geschäft schwieriger, weil Wahlentscheidungen immer kurzfristiger getroffen werden. Und die ARD habe entschieden, kurz vor den Wahlen keine Umfragen mehr zu veröffentlichen.



Michael Schröder

Energiepolitik auf dem Weg zur sozial-ökologischen Transformation

Unsere Zeit der großen Umwälzungen ist vergleichbar mit der industriellen Revolution. Die neue „Große Transformation“ des 21. Jahrhunderts bedeutet den Übergang zu einer klimaverträglichen Gesellschaft ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe. Auf unserer Tagung* diskutierten Forscher und gesellschaftliche Akteure die zukünftige strategische Ausrichtung ihrer Aktivitäten.

DIE INDUSTRIELÄNDER haben kumuliert im Lauf ihrer Geschichte die größte Menge des gefährlichen Treibhausgases CO₂ ausgestoßen. Den höchsten Zuwachs verzeichnen mittlerweile die Schwellenländer, vor allem China. Besonders problematisch ist dabei die Kohle. Martin Jänicke, Professor an der Forschungsstelle Umweltpolitik an der FU Berlin, verwies darauf, dass in China zwar so viel Kohle produziert werde wie im Rest der Welt, zugleich aber auch der Umweltschutz boome. Er konstatierte eine Kohlewende: Bau und Stilllegungen von Kohlekraftwerken hielten sich die Waage. Seit 2015 setze die chinesische Führung zudem verstärkt auf erneuerbare Energien, doch für die Industrieproduktion bliebe Kohle zentral. China könne indes, so Jänicke, eine Vorreiterrolle beim Kohleausstieg spielen.



Markus Taube: „Das chinesische Wachstumsmodell muss sich grundlegend ändern.“

© Rieth

Chinas doppelte Transformation

Für den Ökonomen Markus Taube vom Institut für Ostasienstudien ist die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in weiten Teilen Chinas bereits abgeschlossen und der Strukturwandel in vollem Gange. Privatunternehmen seien zwar auf dem besten

Wege, die chinesische Volkswirtschaft zu dominieren, doch herrschten in einigen Bereichen bis jetzt ineffiziente und energieintensive Staatsbetriebe vor. Energiepreise würden noch immer staatlich festgesetzt und subventioniert. Das Wachstumsmodell müsste sich grundlegend ändern. China stehe, so Markus Taube, vor einer doppelten Transformation: Beendigung des Übergangs zur Marktwirtschaft und Hinwendung zu einem nachhaltigen Wachstumsmodell.



Windpark im Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog in Nordfriesland

© Schröder

Kora Kristof, Leiterin der Grundsatzabteilung im Umweltbundesamt, skizzierte Hemmnisse und notwendige Weichenstellungen in der Klimapolitik und stellte die Frage: „Welche Transformation brauchen wir?“ Um die globalen und stark vernetzten Probleme zu bewältigen, so Kristof, müsse die Verantwortung zwischen Politik und Zivilgesellschaft geteilt werden. Ohne willige Akteure und passende Strukturen könne es keine Veränderung geben. Sie schlug vor, Ressourcenlosigkeit und Immissionsneutralität zu koppeln.

Dezentrale Energieversorgung

Gerhard Stryi-Hipp, Leiter des Bereichs Energiepolitik am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg, stellte fest: Die Technologien für eine Energiewende sind schon jetzt nicht nur vorhanden, sondern auch sicher, nachhaltig und finanzierbar. Als primäre, emissionsfreie Energieträger seien Wind und Sonne ideal. Sie würden sich gut ergänzen. Nötig sei ein dynamisches Energiesystem, das die effiziente, auch langfristige Speicherung der Energie erlaube und sich besonders durch Dezentralität auszeichnen müsse. Lokale Akteure wie Kommunen, die vor Ort Initiativen der Energiegewinnung starten, stünden dabei im Vordergrund. Sie müssten staatlich unterstützt werden.

Angelika Thomas, Referentin für Umwelt-, Energie- und Klimapolitik im Hauptvorstand der IG Metall, sah in der Energiewende und der damit verbundenen Ab-

* In Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz in Bayern, der IG Metall Bayern und dem Umweltbundesamt

schaltung von Kraftwerken keinen Jobkiller. Im Gegenteil: Arbeitsplätze in neuen Branchen entstünden. Klaus Mertens, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Betriebsrats von ZF Friedrichshafen verwies auf die Sorge vieler Beschäftigter, dass durch die Elektromobilität Arbeitsplätze verloren gingen. Er plädierte für mehr Aufrichtigkeit in der Diskussion und forderte, dass die Arbeitgeber die Beschäftigten aktiver über ihre Zukunftsprojekte informieren sollten. Vor allem die Digitalisierung sei die Zukunft der Mobilität. Innovative Anstrengungen seien nötig, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Erneuerbare Energien stärker fördern

Axel Berg, Vorsitzender der Eurosolar Sektion Deutschland, vertrat die These, dass die Politik vielfach den notwendigen Strukturwandel hin zu erneuerbaren Energien verhindere, indem sie an alten Energiesystemen und umweltschädlichen Subventionen festhalte. Der Staat lege seine Aufgabe der Energieversorgung in die Hände weniger Großkonzerne. Diese seien nicht grundsätzlich für oder gegen erneuerbare Energien, ihnen ginge es nur um Profit. Mittelständler hätten in diesem System keinen Platz. Um dies zu ändern, so Axel Berg, müssten erneuerbare Energien stärker gefördert und ein Mindestanteil erneuerbarer Energien eingeräumt werden.



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Einen Ausblick auf alternative Stadtgestaltungen gab Ton Daggers, Direktor der Mobilization Foundation in Utrecht. Er berät weltweit Metropolen, wie sie alternative Verkehrssysteme und vor allem die Fahrradmobilität fördern. Die Städte sollten an „an die Bewohner zurückgegeben werden“, indem man sie für Autos ganz oder teilweise schließe oder eine hohe Maut wie in London fordere. Die Digitalisierung erlaube es künftig, mit Sharing-Systemen den Transport effizienter zu gestalten. Durch Innovationen wie E-Bikes und Cargo-Bikes gewännen Fahrräder für den Individualverkehr und für Logistik-Unternehmen an Attraktivität.



Elektroautos in Berlin

© Avda / wikimedia / CC BY-SA 3.0

Elektromobilität war der Schwerpunkt von Heinz-Josef Heinrichs, Vize-Präsident der Business Unit Automotive bei Schaeffler in Schweinfurt. Forschung und Entwicklung sollten von der Politik mehr Förderung bekommen, beispielsweise die Produktion von Batterien für Elektroautos. Auch müssten Politik und Unternehmen „das Bewusstsein in der Bevölkerung schneller in die richtige Richtung verändern“, d.h. hin zu mehr Akzeptanz für die notwendige sozial-ökologische Transformation.

In der Abschlussdiskussion waren sich alle einig, dass die Mobilitätswende beschleunigt werden müsse, da Deutschland und Europa im Vergleich zu den USA oder China ansonsten nicht mehr konkurrenzfähig sei. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern, sprach sich dafür aus, „die Betroffenen zu Verbündeten zu machen“. Nicht jeder profitiere von der Energiewende und von „staatlichen Umrüstungsprogrammen“. Deshalb müssten den Verlierern alternative Arbeitsplätze vermittelt werden.



Hubert Weiger: „Nicht jeder profitiert von der Energiewende.“

Jürgen Wechsler, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, unterstützte diesen Punkt. Er zog einen Vergleich zu den USA, um zu betonen, dass ein misslungener Transformationsprozess verärgerte Arbeitslose zurücklasse, was Auswirkungen auf die Politik habe. Klaus Mertens hält das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektroautos auf den Straßen zu haben, für unrealistisch und das Förderprogramm für Elektromobilität der Bundesregierung für einen „Rohrkrepierer“. Nach seiner Ansicht muss zunächst ein kultureller Wandel im Mobilitätsverhalten der Bevölkerung stattfinden.

Judith Heckenthaler
Wolfgang Quaisser
Tobias Rieth
Miriam Zerbel

Städtebau gegen Wohnungsnot

Die Nachfrage nach Wohnungen übersteigt das Angebot in vielen Regionen Bayerns um ein Vielfaches. Wie sollen Kommunalpolitiker damit umgehen?

INNERHALB DER NÄCHSTEN ZEHN JAHRE rechnen die Politiker im Großraum München mit einem Bevölkerungszuwachs von über 300.000 Menschen. Allein für die Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, werden laut Experten 60.000 bis 125.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Dieser enorme Wachstumsdruck macht es notwendig, in kürzester Zeit eine Vielzahl von Wohnungen neu zu bauen, neue Siedlungen zu erschließen und bestehende Siedlungen nachzuverdichten. Die entsprechenden Herausforderungen erörterten bayerische Kommunalpolitiker beim Kommunalpolitischen Forum* im Rathaus von Freising.



Nürnberg's Oberbürgermeister Ulrich Maly beim Eintrag ins Gästebuch der Stadt Freising
© Haas

„Städtebau ist mehr als Wohnungsbau“, sagte Nürnberg's Oberbürgermeister Ulrich Maly, der auch Vorsitzender des Bayerischen Städtetags ist. Bei allem Wachstumsdruck sollte man die städtebaulichen Fehler von früher vermeiden, so Maly. Städtebau hieße auch Urbanität. So müsste man auf den Charakter der Stadtteile blicken. „Was wir jetzt produzieren, müssen wir mehrere Jahrzehnte anschauen“, mahnte er.

Baukultur und Wachstumsdruck

Bis 2019 sollen bis zu 28.000 staatlich geförderte bzw. finanzierte Wohnungen entstehen. Dafür werden vom Freistaat Bayern 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, sagte der Leiter der Obersten Baubehörde Helmut Schütz. Auch er wies darauf hin, dass




Gegen Wohnungsnot hilft nur Wohnungsbau.
© Michael Gaida/pixabay

man trotz des Wachstumsdrucks die Baukultur nicht vernachlässigen dürfe. „Kaputt gemacht ist eine Stadt schnell, sie wiederherzustellen schwierig“, so Schütz.

„Für Städte wie Freising gibt es kaum noch Möglichkeiten, sich großräumig zu entwickeln“, sagte der Freisinger Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher. Nicht jede Kommune könne alles alleine machen. Städte und Gemeinden eines Großraums müssten eng zusammenarbeiten und zum Beispiel die Doppelung bestimmter Einrichtungen vermeiden.

„Die Entwicklung von Bauland hat sich zu einer schwierigen und mühevollen Aufgabe entwickelt“, sagte der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags und Landshuter Altoberbürgermeister Josef Deimer. Private Grundstücke zu mobilisieren, scheitere oft an den bau- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und mangelnden Optionen für die Reinvestition des Bauerlöses. Spekulanten seien nur über eine gezielte Bauleitplanung einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Ein wichtiges Thema im sozialen Wohnungsbau sind die Belegungs- und Mietbindungen. Florian Gleich, Referent beim Bayerischen Städtetag, plädierte für Flexibilisierungen in den einschlägigen Gesetzen. Die betreffende Stadt sollte die Möglichkeit haben, die Dauer der Belegungsbindung nach den Verhältnissen vor Ort innerhalb eines gesetzlich bestimmten Rahmens selbst zu bestimmen, so Gleich.

Alain Thierstein von der TU München wies darauf hin, dass die Menschen bei der Wahl ihrer Wohnumgebung nach einem passenden Bündel von Standortqualitäten suchen, wie zum Beispiel Nahversorgung, Freiraum und die Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr. Als Chance für Quartier, Kommune, Stadtregion und Metropolregion sieht er eine polyzentrische Entwicklung. 

Gero Kellermann
(siehe Presseschau Seite 31)

* In Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag

„FilmBildung Medien“ neu erschienen

Themenheft zu Menschenrechten, Toleranz und Demokratie

DAS AKTUELLE HEFT der „FilmBildung“ vom Landesmediendienst Bayern enthält Kurzbesprechungen zu mehr als 100 ausgewählten Sach-, Informations- und Spielfilmen zu den Themen Menschenrechte, Toleranz und Demokratie. Alle sind sehr gut für den Einsatz in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung geeignet. Außerdem finden sich in dieser Ausgabe zahlreiche Kinder- und Jugendfilme mit didaktischem Begleitmaterial und Altersempfehlungen.

Das Heft ist in Kooperation mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz entstanden. Die Akademie für Politische Bildung ist bei beiden Einrichtungen Mitglied.

Alle aufgeführten Filme sind mit dem Recht zur nicht gewerblichen öffentlichen Vorführung ausgestattet und können daher in Schulen, in der außerschul-

ischen Jugendbildung und in der Erwachsenenbildung, in sozialen und kulturellen Einrichtungen wie auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung oder in der Informationsarbeit von Vereinen, Verbänden und Parteien eingesetzt werden.

Die genannten Titel können beim Landesmediendienst Bayern e.V. mit der Servicekarte ausgeliehen werden. Bestellung u. weitere Infos: Tel. 089 381609-15, Fax 089 381609-20, online-Bestellungen über: www.mediendienste.info, E-Mail: info@mediendienste.info.

Wenn Sie Fragen zu speziellen Filmen und Themen haben oder bei der Filmauswahl Hilfe benötigen, wird dort gerne auf Wunsch ein individuelles Programm für Ihre Veranstaltung zusammengestellt.


MS

FilmBildung Medien

LANDES MEDIEN DIENSTE BAYERN

Ausgabe 19 / 2016

Menschenrechte – Toleranz – Demokratie

Mehr als 100 ausgewählte Sach-, Informations- und Spielfilme zu den Themen Menschenrechte, Toleranz und Demokratie – für den Einsatz in der politischen Bildung, in Jugendarbeit und Schule und in der Erwachsenenbildung. Außerdem enthält diese Ausgabe zahlreiche Kinder und Jugendfilme mit didaktischem Begleitmaterial und entsprechenden Altersempfehlungen.

Diese Ausgabe ist in Kooperation mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz entstanden. Nähere Infos auf S.12.

www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de



Alle aufgeführten Filme sind mit dem Recht zur nicht gewerblichen öffentlichen Vorführung ausgestattet und können daher in Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und in der Erwachsenenbildung, in sozialen und kulturellen Einrichtungen wie auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung oder in der Informationsarbeit von Vereinen, Verbänden und Parteien eingesetzt werden.

Aus unserem Verleihprogramm

Die genannten Titel können bei den Landesmediendiensten Bayern e.V. mit der ServiceKarte ausgeliehen werden (Einzelheiten zu den Verleihbedingungen s. S. 3). Bestellung u. weitere Infos: Tel. 089 381609-15 • Fax 089 381609-20 • Warenkorbfunktion: www.mediendienste.info E-Mail: info@mediendienste.info

Haben Sie Fragen zu speziellen Filmen und Themen oder benötigen Sie Hilfe bei der Filmauswahl? Auf Wunsch stellen wir Ihnen auch gerne ein individuelles Programm für Ihre Veranstaltung zusammen. Ausführliche Beschreibungen zu jedem Film finden Sie auf unserer Webseite. Geben Sie links oben den Filmtitel oder die Mediennummer ein.



Es ist wieder Liebermann-Zeit in der Akademie

Ausstellung zum Jahresschwerpunkt „Mobilisierung der Demokratie“

Demokratie, Digitalisierung und Umweltschutz. Sozialkritik, Sexualität und Nonsens. Die Themen von Erik Liebermann sind vielfältig – und 90 seiner Karikaturen sind bis zum 10. August in einer Ausstellung in der Akademie zu sehen.

ERIK LIEBERMANN braucht mehr Platz, als ihm ein Bilderrahmen bietet. Er bastelt regelrechte Collagen. Da ragen Schnüre aus dem Papier, leuchtende Köpfe schauen den Betrachter an, Klodeckel werden als Passepartout genutzt. Ansonsten konzentrieren sich die mit Tusche gezeichneten und farbig aquarellierten Karikaturen auf das Wesentliche.

Bei der Vernissage stellten Akademiedirektorin Ursula Münch und Dozent Michael Schröder den anwesenden Erik Liebermann und sein Werk vor. So bestechen seine Zeichnungen entweder durch Zeitlosigkeit, oder dass sie ihrer Zeit voraus sind, erklärte



Der Künstler beim Hängen seiner Bilder

© Haas

Schröder: „Die tagesaktuelle Kommentierung der Politik ist nicht die Sache von Erik Liebermann. Er versucht sich gar nicht erst an Merkel, Trump, Seehofer und Schulz und all den anderen Köpfen und Ereignissen der nationalen und internationalen Politik. Es wäre aber falsch, ihn deshalb als unpolitischen Humoristen zu bezeichnen. Seine Cartoons sind zeitlos aktuell, weil sie die menschlichen Schwächen aufs Korn nehmen. In ihnen steckt – obwohl nicht an der politischen Tagesaktualität orientiert – doch sehr viel punktgenaue und humorvolle Kommentierung der Politik.“

Die Ausstellung „Demokratie“ wird bis zum 10. August, wochentags und an Tagungs-Wochenenden von 8 bis 17 Uhr, im Foyer unseres Auditoriums zugänglich sein. Der Eintritt ist frei.



Sebastian Haas

ERIK LIEBERMANN, Jahrgang 1942, stammt aus einer Künstlerfamilie und ist Absolvent der Ulmer Hochschule für Gestaltung. Seine ersten Cartoons hat er bereits 1969 während seiner Studienzeit veröffentlicht. Er arbeitete danach als Industrie-Designer, unter anderem bei Otl Aicher für die Olympischen Spiele 1972 in München. Seit 1975 ist er hauptberuflich als Cartoonist für Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage, Behörden, Verbände, Firmen und für die Werbung tätig.

Mehr gelebte Demokratie an bayerischen Schulen

AUF EINLADUNG UND INITIATIVE von Akademiedirektorin Ursula Münch haben sich verschiedene Expertinnen und Experten der schulischen politischen Bildung in Tutzing getroffen und über die Situation der politischen Bildung an den bayerischen Schulen diskutiert. Aus diesem Meinungs- und Erfahrungsaustausch ist der folgende Forderungskatalog entstanden.

Den Beteiligten geht es darum, in einer Zeit, die zunehmend von Demokratieverdrossenheit, Nationalismus, Extremismen aller Art und Irrationalität in der politischen Auseinandersetzung geprägt ist, der politi-

schen Bildung an den Schulen wieder mehr Gewicht zu verleihen. Sie glauben, dass der erneut anstehende Umbau des bayerischen Gymnasiums dafür eine sehr gute Gelegenheit bietet.

Das Papier wurde Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, den zuständigen Beamten im Kultusministerium, den Fraktionsvorsitzenden sowie allen Mitgliedern des Bildungspolitischen Ausschusses im Landtag zugesandt.



Michael Schröder

Forderungen des Tutzingen Runden Tisches zur Politischen Bildung

DIE GEWALTIGEN Probleme und Herausforderungen der nationalen und internationalen Politik erfordern eine intensivere Beschäftigung mit den Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Stärkung der politischen Bildung an den bayerischen Schulen in allen dafür relevanten und geeigneten Fächern. Nur so werden irrationale Ängste und Verunsicherungen abgebaut, die zur Politikverdrossenheit und sogar zur Abwendung von den Grundwerten unseres Gemeinwesens führen können. Den Gefährdungen durch Extremismus und Populismus muss politische Mündigkeit entgegengesetzt werden.



© DIETER HANITZSCH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Die Unterzeichner sehen deshalb die dringende Notwendigkeit, in einem deutlich höheren Maße als bisher politische Bildung als Fachunterricht und als fächerübergreifendes Prinzip an allen bayerischen Schulen und Jahrgangsstufen zu stärken und zu verankern.

Zur Erreichung dieser Ziele schlagen die Unterzeichner vor:

- mehr Inhalte der politischen Bildung in die Lehreraus- und -weiterbildung aufzunehmen,
- den Ausbau der Funktion der Seminarlehrer für Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung (GSB) mit dem Ziel fächerübergreifender Fortbildungen nicht nur für Referendare,
- die Systematisierung und Professionalisierung der Lehreraus- und -weiterbildung,
- Freistellungen für Fortbildungen in politischer Bildung auch für Nicht-Fachlehrer,
- die Einführung von verpflichtenden Projekttagen der politischen Bildung in allen Schularten und Jahrgangsstufen,
- Förderung und Unterstützung von bestehenden Angeboten wie „Jugend debattiert“ und „Juniorwahlen“,
- Freistellungen und finanzielle Unterstützung für Lehrkräfte, die solche Projekte anbieten,
- Stärkung der Medienkompetenz in allen dafür geeigneten Fächern,
- den bevorstehenden teilweisen Umbau vom acht- zum neunjährigen Gymnasium zu nutzen, um die Stärkung der politischen Bildung in dieser Schulform voranzutreiben,

- Wiedereinführung der Sozialkunde als eigenständiges Abiturprüfungsfach.

Die Unterzeichner appellieren an die politisch Verantwortlichen im Landtag und in der Staatsregierung, Kürzungen bei der politischen Bildung an allen bayerischen Schulen zu vermeiden und stattdessen den Unterricht in diesem eigenständigen Fach auszubauen und das fächerübergreifende Prinzip politische Bildung mit den oben beschriebenen Maßnahmen zu stärken.

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Präsidentin Simone Fleischmann

für den BLLV - Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.

Michael Schwägerl

Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbands

Florian Fischer

für das Forum Bildungspolitik in Bayern

Matthias Jena

Vorsitzender des DGB Bayern

Anton Salzbrunn

Vorsitzender der GEW Bayern

Rainer Kleybolte

Vorstand in der Landes - Eltern - Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V.

Prof. Dr. Armin Scherb

Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Prof. Dr. Ernst Fricke

EVO Vorsitzender und Elternbeirat am Gymnasium der Schulstiftung Seligenthal in Landshut

Politische Bildung durch das Buch

Die Tutzingener Akademie war einmal das bundesweite Tagungs-Mekka für Bibliothekare.

AUF ANREGUNG von Karl Böck (1916–2009), dem langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden und Regierungsdirektor im Kultusministerium, hatte die Akademie 1961 erstmals bayerische Bibliothekare eingeladen: Einerseits um die Akademie und ihre Rolle im Zusammenhang der politischen Bildung im bayerischen Büchereiwesen bekannt(er) zu machen; andererseits um aus den praktischen Erfahrungen der Bibliothekare Erkenntnisse für die Akademiearbeit zu gewinnen. Daraus ergab sich ein lebhaftes Gespräch über das Angebot und den Bildungswert des politischen Buches. Sofern es denn überhaupt auf dem Büchermarkt zu finden sei, so der einhellige ernüchternde Befund, genüge es nur selten den sachlich und stilistisch gebotenen Anforderungen.

Das gälte, so der damalige Akademiedirektor Felix Messerschmid im Interview mit den Stuttgarter Nachrichten, insbesondere im Bereich der politischen Jugendliteratur: Innerhalb der politischen Erlebnisliteratur, die sich mit herausragenden zeitgeschichtlichen Ereignissen – etwa dem Zweiten Weltkrieg oder dem Widerstand gegen Hitler – befasst, stünden Bücher wie die Weiße Rose oder das Tagebuch der Anne Frank quasi allein auf einsamer Höhe. Noch viel schlimmer sei es jedoch um das lebendig geschriebene politische Sachbuch bestellt: „Die Übersetzung von Sachverhalten, die der Staatsrechtler wissenschaftlich behandelt, in das Begriffs- und Gefühlsvermögen der Jugend – das fehlt heute völlig.“

Politisches Desinteresse

Der diagnostizierte Mangel an guter politischer Literatur wurde bei der Tutzingener Tagung auf verschiedene Ursachen zurückgeführt: Politisches Desinteresse breiter Leserkreise, mangelnde Risikobereitschaft von Autoren und Verlagen sowie fehlende staatliche Subventionen wurden hierfür als Gründe genannt. Der begonnene Kontakt zu den Bibliothekaren und Bildungsfachleuten sollte in den Folgejahren mit breiterer inhaltlicher Ausrichtung sowie bundesweitem Teilnehmerkreis ausgebaut werden.

Wie ernst es der Akademie mit diesen Bestrebungen war, lässt sich daran ablesen, dass sie noch 1961 im Würzburger Werkbund-Verlag eine umfangreiche „Bücherkunde“ unter dem Titel „Politische Bildung durch das Buch“ herausbrachte. Der Band enthält bibliografische Daten, kurze Inhaltsangaben und Würdigungen

von fast 380 Titeln, die vom Kollegium der Akademie ausgewählt und besprochen wurden.

Bundesweite Ausdehnung

Aufgrund der außerordentlichen Nachfrage wurde der Teilnehmerkreis dieser Veranstaltungsreihe ab 1964 auf Bibliotheksdirektoren und leitende Bibliothekare an öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken aus dem gesamten Bundesgebiet ausgedehnt. Der inhaltliche Schwerpunkt der jährlichen Bibliothekstagungen hatte sich mehr und mehr auf die Diskussion grundlegender gesellschafts-, kultur- und berufspolitischer Probleme verlagert. Diese „Tutzingener Gespräche“ haben sich über die Jahre hinweg in Fachkreisen größter Wertschätzung erfreut.

Die „Bibliothekskonferenzen“ der Folgejahre vertieften jeweils unterschiedliche Fragestellungen. Auch aus diesen Folgekonferenzen sind weitere programmatische „Tutzingener Erklärungen“ hervorgegangen, so etwa zur Stellung von Bibliotheken und ihrer Rolle im Feld der politischen Bildung aus dem Jahr 1967:

„Obwohl die Demokratie in der Bundesrepublik allgemein anerkannt wird, ist es bisher nicht in ausreichendem Maße gelungen, ein politisches Klima zu schaffen, das den Bürger ermutigt, seine demokratischen Rechte und Pflichten in voller Kenntnis der in dieser Staatsform für den Einzelnen liegenden Möglichkeiten wahrzunehmen. Ein großer Teil des für den bewußt handelnden Staatsbürger unerlässlich Wissenswerten findet in Büchern und sonstigen Druckschriften seinen Niederschlag. So wie es in der funktionierenden Demokratie wesentlich ist, daß in konstruktiver Toleranz die gegensätzlichen Meinungen diskutiert werden können, so bedarf der Bürger zu seiner Information einer ‚Clearing-Stelle‘, die in gleicher Toleranz dem Schrifttum unterschiedlichster politischer Überzeugungen Raum bietet.“

1970 wurde die letzte Bibliothekarstagung von der Akademie durchgeführt. Die Fortsetzung dieser erfolgreichen Tagungsreihe war geplant, kam jedoch nicht zustande. Ein Grund mag im Wechsel in der Akademieleitung liegen. Damit ist jedenfalls eine Schwerpunktverlagerung der Akademieaktivitäten zulasten der Bibliothekare einhergegangen.



Steffen H. Elsner



© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Bayerische Staatszeitung, 17. März 2017

Investitionen müssen wieder attraktiv werden

ES WIRD VIEL GETAN für dringend benötigte Wohnungen: ein Landes-Förderprogramm in Höhe von 2,6 Milliarden Euro beispielsweise. Doch bei der Tagung des Bayerischen Städtetags und der Akademie für Politische Bildung Tutzing wurde klar: Es ist wie beim Rennen zwischen Hase und Igel – das Angebot holt den Bedarf niemals ein.

Alexander Greulich ist Bürgermeister von Ismaning, einer 17 000-Einwohner-Gemeinde vor den Toren Münchens. Wie viele andere Rathauschefs bietet der SPD-Politiker eine monatliche Bürgersprechstunde an, wo Einheimische ihre Sorgen und Nöte klagen können. Eigentlich sollte es hier um Dinge wie defekte Straßenlampen oder fehlende Kindergartenplätze gehen, doch schon seit einigen Jahren fühlt sich Greulich beim Tête-à-tête mit dem Bürger immer häufiger an eine Immobilienbörse erinnert. „Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum ist bei uns das alles beherrschende Thema“, sagt der Bürgermeister. Zwar habe seine Kommune mehr als 400 Wohnungen im Bestand. „Doch das kann die Nachfrage bei Weitem nicht decken.“

**400 000 neue Bürger für München
bis zum Jahr 2032**

Ähnlich wie dem SPD-Mann geht es vielen Bürgermeistern in Bayern – nicht nur, aber vor allen in den großen Ballungsräumen. Doch wie können Kommunen dieser gewaltigen Herausforderung begegnen? Auf der Suche nach Antworten auf diese Frage sind Alexander Greulich sowie rund 60 weitere Bürgermeister und Rathausmitarbeiter zum „Kommunalpo-

litischen Forum“ gekommen, organisiert vom Bayerischen Städtetag und der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Heuer stand es unter dem Thema „Städtebau gegen Wohnungsnot“.

Diese Not treibt zuvorderst stark wachsende Regionen wie Augsburg, Nürnberg oder Regensburg um. Und natürlich den Großraum München, der laut Prognosen in den nächsten 15 Jahren mit einem Bevölkerungswachstum von 400 000 Menschen rechnen müsse, sagte Helmut Schütz, Leiter der Obersten Baubehörde im bayerischen Innenministerium. „Das entspricht 80 Prozent der Einwohnerzahl Nürnberg!“

Angesichts dieser Dimensionen sei allen voran der private Wohnungsbau gefordert, sagte Schütz in seinem Vortrag. Er plädierte für Steuererleichterungen in diesem Bereich – etwa eine Eigenheimzulage für Familien von 12 000 Euro pro Kind. Darüber hinaus müsse aber auch der staatliche Wohnungsbau intensiviert werden, weshalb der Freistaat im Oktober 2015 den „Wohnungspakt Bayern“ ins Leben gerufen habe.

Bis 2019 sollen mithilfe dieses Programms 28 000 staatlich finanzierte oder geförderte Wohnungen entstehen. Insgesamt stünden hierfür 2,6 Milliarden Euro bereit, sagte Schütz, wobei man die Bedingungen „fürstlich gestaltet“ habe. Nachdem das Programm sehr schleppend begann und deshalb auch heftig kritisiert wurde, habe es seit Jahresbeginn Fahrt aufgenommen, betonte Schütz. „Wir merken jetzt, dass die Nachfrage extrem anzieht.“

*Patrik Stäbler
(siehe Seite 26)*



Michael Schröder

„In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen!“

Vom BGB zum DGB:
Der Wiederaufbau der
bayerischen Gewerk-
schaften nach 1945

München 2017

Geschichte

„In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen!“

Vom BGB zum DGB: Der Wiederaufbau der bayerischen Gewerkschaften nach 1945

IM MÄRZ 2017 jährte sich die Wiedergründung der bayerischen Gewerkschaften nach dem Ende der Nazi-Diktatur zum 70. Mal.

Die Jubiläumsbroschüre beschreibt den bayerischen Sonderweg von den örtlichen Zusammenschlüssen hin zum Bayerischen Gewerkschaftsbund, der von 1947 bis zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestand. Er unterschied sich wesentlich von der Organisation in der britischen Zone. Denn in Bayern hatte der Bund die zentrale Kassenführung und damit eine stärkere Position gegenüber den Einzelgewerkschaften. Für die Broschüre, die auf einer früheren Monografie des Autors beruht, konnten zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen der bayerischen Gewerkschaftsbewegung nach 1945 verwendet werden.

Sie ist kostenlos erhältlich beim:

**Deutschen Gewerkschaftsbund
Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München**



Michael Spieker,
Arne Manzeschke (Hrsg.)

Gute Wissenschaft
Theorie, Ethik und Politik

Tutzingen Studien zur Politik,
Band 5

Nomos, Baden-Baden 2017

ISBN: 978-3-8487-0584-9,
233 Seiten, 49,00 Euro

Ethik

Gute Wissenschaft Theorie, Ethik und Politik

WISSENSCHAFT diene immer schon Zwecken, die jede Epoche anders definierte. Die modernen Lebenswissenschaften zielen auf Erkenntnis und Gestaltung der natürlichen Lebensbasis. Wechselwirkungen mit Gesellschaft und Politik bestimmen sie dabei. Der Band beleuchtet diesen Prozess und fragt, wie Wissenschaft im umfassenden Sinn gut sein kann.

Die Herausgeber:

Dr. Michael Spieker ist Dozent für Ethik und Theorie der Politik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Prof. Dr. Arne Manzeschke ist Professor für Anthropologie und Ethik für Gesundheitsberufe an der Evangelischen Hochschule Nürnberg und Leiter der Fachstelle für Ethik und Anthropologie am Institut Technik-Theologie-Naturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Geschichte



Sebastian Haas

Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858–1871)

Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus

Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Band 47

Duncker & Humblot, Berlin 2017

ISBN: 978-3-428-14990-2, 535 Seiten, 99,90 Euro

Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858–1871)

Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus

MEDIENKAMPAGNEN, verzweifelte Redakteure und eine teils über Generationen falsch interpretierte Berichterstattung – das hat es auch vor 150 Jahren schon gegeben. Die vorliegende Studie weist nach, dass sich die als altliberale Parteizeitschrift gegründeten Preußischen Jahrbücher schnell als eigenständige Publikation des national-liberalen Bildungsbürgertums etabliert haben. Sie waren regierungskritisch, kleindeutsch und dabei nie an eine bestimmte Parteirichtung gebunden. Ihre Eigenständigkeit haben sich die sogenannten »Blauen Blätter« unter der Führung ihrer Herausgeber Rudolf Haym, Heinrich von Treitschke und Wilhelm Wehrenpfennig bis in die Reichsgründungszeit bewahrt. Denn obwohl die Autoren der Preußischen Jahrbücher die außenpolitischen Erfolge der Regierung Bismarck teils frenetisch begrüßten, verstanden sie die Annexionspolitik auf dem Weg zur gesamtdeutschen Einheit immer als Teil einer Verfassungsbewegung zum Erhalt der Rechts- und Staatsordnung.



Geschichte



Sergey Kretinin (Hrsg.)

Deutschland und Russland Ereignisse, Gestalten, Leute

Beiträge zu russisch-deutschen Untersuchungen

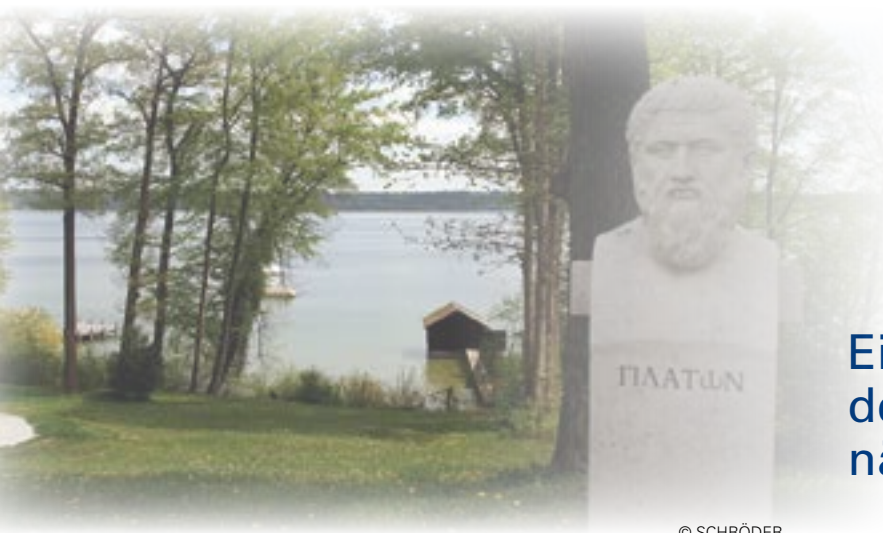
Istoki-Verlag, Voronezh 2016

ISBN: 978-5-4473-0141-5, 178 Seiten

Deutschland und Russland Ereignisse, Gestalten, Leute

DIE WELTKRIEGSEPOCHE 1914 bis 1945 könnte durchaus als Saeculum Bellorum bezeichnet werden. In diesem Sinne ist auch ein Sammelband zu verstehen, der aus einer Tagung der Akademie für Politische Bildung mit deutschen und russischen Partnern in Woronesh entstanden ist.

Dabei wurde der Versuch unternommen, Beiträge für eine integrierte deutsch-russische Verflechtungsgeschichte vorzulegen, die sich u.a. der Gewaltgeschichte des Ersten Weltkriegs und der Revolutionszeit in Russland und Deutschland in vergleichender Perspektive widmen, aber auch Fragen von Minderheiten und Nationalitätenproblemen aufwerfen. Insgesamt geht es dabei darum, Gewaltträume und Gewaltzeiten zu identifizieren und als wissenschaftliche Konzepte zu problematisieren.



© SCHRÖDER

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

JUNI 2017

Juni	Daten. Dinge. Werte.	*24-1
15. – 18.	Das Internet als revolutionäre Avantgarde des 21. Jahrhunderts? Interdisziplinäre Kooperationstagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes	
	Leitung: Andreas Kalina / Peter Kainz Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Juni	Sozialstaat oder Suppenküche	25-3
23. – 24.	Zur Zukunft der sozialen Sicherheit Leitung: Michael Spieker Sekretariat: Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46

Juni	Forum Verfassungspolitik	26-1
30. – 1.	Was wird aus der Europäischen Union? Juli Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Hans-Jürgen Papier Sekretariat: Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47

JULI 2017

Juli	Zur Lage der Nation	*27-2
7. – 8.	Konzeptionelle Debatten, gesellschaftliche Realitäten, internationale Perspektiven In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft e.V. Leitung: Ursula Münch / Carlo Masala / Jörg Siegmund Sekretariat: Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47

Juli	20. Passauer Tetralog	27-6
9.	Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17

Juli	■ Internationale Akademie ■	*28-3
10. – 12.	Family in Transition Context, Values, and Choice Ninth Joint IOS/APB/EACES Summer Academy on Central and Eastern Europe In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Osteuropa- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg Leitung: Wolfgang Quaisser / Richard Frensch / Kseniia Gatskova Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17 Anmeldung über das IOS Regensburg

Juli	Planspielwerkstatt	28-2
10. – 14.	Entwicklung von Politiksimulationen In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant Sekretariat: Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58

Juli	Ten Years After	28-1
14. – 16.	Eine Bilanz der Finanz- und Weltwirtschaftskrise	
Leitung:	Wolfgang Quaisser	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Juli	Possibilities and Necessities	30-1
24. – 26.	Prospects and Criticism	
	In Kooperation mit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg	
Leitung:	Michael Spieker / Marko Fuchs	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17

Juli	Denken am See	*30-3
26. – 28.	Krise des Bildungssystems	
	Brauchen wir eine Revolution?	
	In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk	
Leitung:	Wolfgang Quaisser / Thomas Ressel / Gerhard L. Endres / Klaus Heimann	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
	Erhöhte Tagungsgebühr	

Juli	Tutzingener Sommerakademie	30-4
29. – 31.	Gesellschaftsgeschichte(n) am Rande	
	Marginalisierte Gruppen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert	
Leitung:	Michael Mayer	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46

Juli	Filmgespräch am See	30-5
30.	In Zusammenarbeit mit dem Fünf-Seen-Filmfestival Starnberg	
Leitung:	Ursula Münch / Matthias Helwig	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47

Juli	Lernort Natur	*30-8
30. – 3.	Nationalpark Hohe Tauern	
	In Zusammenarbeit mit der ALP Dillingen	
August		
Leitung:	Michael Spieker / Markus Drechsel	
Sekretariat:	Ina Rauš	Tel. +49 8158 256-53
	Anmeldung über die ALP Dillingen	
	Außenveranstaltung in Mittersill / Hohe Tauern	

AUGUST 2017

August	Tutzingener Journalistenakademie	31-4
1. – 2.	Datenjournalismus und sichere Recherche	
Leitung:	Sebastian Haas	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

August	Tutzingener Sommerakademie	31-3
3. – 5.	„If they're happy – I'm in favor of it.“	
	Die transatlantischen Beziehungen unter Präsident Trump	
Leitung:	Anja Opitz	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17

August	Tutzingener Schülerforum	*31-6
4.	EuropaPolitik erleben!	
	Die Datenschutz-Grundverordnung	
	In Zusammenarbeit mit der Europäischen Talent Akademie der Fraunhofer-Gesellschaft	
Leitung:	Michael Schröder / Sarah Morcos / Birgit Geiselbrechtinger	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
	Außenveranstaltung in Lindau	



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch moderierte ein Streitgespräch über „Wissenschaft als Beruf“ bei der Konferenz gesellschafts- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften mit und in der Schader Stiftung in Darmstadt. Beim Festakt zum Abschluss des IV. Exzellenz-Programms Europa der Bayerischen Staatskanzlei hielt sie den Festvortrag über „Europas Rolle in der Weltunordnung“ und referierte zweimal beim Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband über gesellschaftspolitische Aspekte von Demokratiepädagogik. Im Rahmen einer Ringvorlesung der Katholischen Stiftungshochschule in Benediktbeuern hielt sie einen Vortrag über die Bedeutung politischer Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Anlässlich des diesjährigen Landfrauentags in Andechs sprach sie über die Verantwortung der Landfrauen angesichts gesellschaftlicher Veränderungen wie der Digitalisierung. Die Direktorin trug beim CDU-Kreisverband Hamburg-Nord zum Thema Ursachen und Folgen von Politikverdrossenheit sowie im Münchner Asam-Gymnasium über das Phänomen Populismus vor. Sie moderierte bei der Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrats der Katholiken ein europapolitisches Gespräch zwischen Reinhard Kardinal Marx und der Europaparlamentarierin Dr. Angelika Niebler. An der Universität der Bundeswehr München hielt Prof. Münch im Wintertrimester 2017 ein Seminar im Bachelorstudiengang über die Entwicklung und Strukturen von Parteien und Parteiensystem in der Bundesrepublik unter dem Titel „Parteien, Populisten, Repräsentanten“ ab.

Kuratorium

Nach ihrem Parteiaustritt bei den Grünen ist **Claudia Stamm MdL** nicht mehr Mitglied des Kuratoriums. Wir danken ihr für die geleistete Arbeit.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hielt mehrere Vorträge über die USA und China und moderierte ein internationales Panel über transatlantische und transpazifische Beziehungen. Im Sommersemester setzt sie eine Blockveranstaltung zu politikwissenschaftlicher Methodik an der Universität Duisburg-Essen fort.

Dr. Andreas Kalina nahm in München an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen am internationalen Expertenworkshop zu den sicherheitspolitischen Konsequenzen des Brexit teil. Im Berliner Wannseeforum vertrat er die Akademie in der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten. Im Sommersemester hält er am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Ein offener Scheidungsprozess? Großbritannien und Europa“.

Dr. Gero Kellermann sprach auf einer internationalen Konferenz in Moskau über Migration in Europa.

Dr. Michael Mayer sprach u.a. an der Al Akhawayn American University in Ifrane (Marokko) zu neuen Forschungsansätzen zur Judenverfolgung in Vichy-Frankreich. An der Universität der Bundeswehr in München-Neubiberg hielt er einen Vortrag zur Debatte um das Auswärtige Amt im Dritten Reich.

Dr. Michael Schröder sprach an der Universität Marburg über „Aktuelle Herausforderungen der politischen Erwachsenenbildung“ und beim Bayerischen Bauernverband in Herrsching über „Fake News und alternative Fakten: Medien und Politik in populistischen Zeiten“. In Tutzing referierte er über „Bundestagswahlprogramme der Parteien im Vergleich“.